

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 42.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 13. bis 19. Oktober 1911.

Posen, den 24. Oktober 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 237 des Lech (Gnesen)
vom 15. Oktober 1911:**Der Todestag Thaddäus Kosciuszkos.**

Am morgigen Sonntag, als dem Jahrestage des Todes Thaddäus Kosciuszkos, eilen unsere Gedanken in die unterirdischen Gräfte des uralten Königsschlusses im Warvel und bleiben dort vor dem Sarge stehen, welcher die sterblichen Überreste des letzten Feldherrn der Nation enthält. Er war kein König und ruht dennoch unter Königen, er trug nicht Krone und Zepter, sondern führte, mit einem Bauernkittel bekleidet, unter einem Hagel von Geschossen das polnische Heer gegen die Feinde. Die Freiheit liebte er über alles, und für sie vergoß er sein Blut auf beiden Halbkugeln. Fremde überschütteten ihn mit Ehren und Auszeichnungen, setzten ihm Denkmäler, und die Nation schüttete ihm mit eigenen Händen einen Grabhügel auf, der das uralte Krakau beherrscht, und dauernder als Erz die niemals erlöschende Liebe und Dankbarkeit der polnischen Nation für ihren Feldherrn bekunden wird. Er wollte nicht, daß sein Herz, das die Freiheit so innig liebte, auf unfreier Erde ruhen sollte, sondern er wünschte, daß es auf der freien Erde der Schweiz bleiben sollte. Aber sein Geist schwebt über uns, und verleiht uns Hoffnung und Ausdauer im Kampf um die nationale Existenz. O, daß auch wir so wie unser Feldherr die Freiheit innig lieben und, ebenso wie er, nur den eigenen Kräften vertrauend, niemals am Geist fallen und niemals aufhören möchten, an die Heiligkeit unserer Sache und an den Sieg unserer nationalen Ideale zu glauben. Legen wir alle heut dies Gelübde am Sarge Thaddäus Kosciuszkos ab.

Aus Nr. 238 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 18. Oktober 1911:**Gegenüber Gerüchten.**

Dieser Tage hat der neue Oberpräsident der Provinz Posen, Herr Schwarzkopff, sein Amt angetreten. Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß der Personenwechsel in diesem Falle eine gewisse Änderung des Tones, wenn auch nicht des Kurzes bedeuten soll. Die Ursachen hierfür können vielerlei Art sein, sie liegen jedoch fast ausschließlich auf deutscher Seite. Sie resultieren aus dem Kampf der Strömungen im deutschen Lager, — mit der polnischen Sache als solcher haben sie nur mittelbar Berührung. Soweit

man es beurteilen kann, soll das antipolnische System auch weiterhin bleiben und voll und ganz angewandt werden. Die Milderung der Form soll, soweit sie eintreten wird, mehr zur Einschläferung unserer Wachsamkeit als dazu dienen, den realen Bedürfnissen der polnischen Bevölkerung Genüge zu tun. Wir schätzen jedoch auch diese, wenn auch geringfügige Erscheinung nicht gering. Denn wir bekennen nicht den Grundsatz „Je schlimmer, desto besser“, im Gegenteil, als wahre Bürger dieses Landes empfinden wir alles das schmerzlich, was unter irgendwelcher Form Erbitterung erzeugt und die Anlage ungesunder Gärstoffe für die Zukunft in sich birgt. Wenn wir also einerseits den möglichen Nutzen nicht verachten, welchen der Personenwechsel herbeizuführen imstande ist, so täuschen wir uns andererseits keineswegs bezüglich der allgemeinen politischen Lage und wir verbleiben in nüchterner Reserve. Wir sehen nämlich bisher am Horizonte keine Erscheinung, welche in grundsätzlichen, über das gegenseitige Verhältnis der polnischen zur deutschen Bevölkerung entscheidenden Angelegenheiten eine Änderung zum Besseren ankündigt. Denn von Grund aus irrig ist die Ansicht, als wenn die polnische Sache in Preußen sich einerseits mit der sogenannten polnischen Agitation, andererseits mit den Schiffen und Nadelstichen der niederen amtlichen Behörden identifiziere. Der Kern der Sache steckt weit tiefer. Ihr grundsätzlicher Zug schneidet tief in den sozialwirtschaftlichen und geistig-religiösen Organismus der Volksgemeinschaft ein.

So, wie die Sachen jetzt stehen, kann man ohne Übertreibung sagen, daß es im diesseitigen Gebietsteil fast keinen Polen gibt, welcher nicht bloß in seinen abstrakten Gefühlen, sondern geradezu in den Lebensverhältnissen schmerzlich und am eigenen Leibe die mittel- oder unmittelbaren Folgen der Regierungspolitik verspürt hätte.

In erster Linie erzeugt die gesamte Ansiedlungspolitik unerträgliche Verhältnisse im Wirtschaftsleben des ganzen Landes. Ihr beabsichtigtes und teilweise verwirklichtes Ergebnis ist vom allgemein menschlichen Standpunkt aus beklagenswert. Hunderttausende der heimischen Bevölkerung, welche unter normalen Verhältnissen dank der Hebung der Kultur und der Ergiebigkeit des Landes auf heimischem Boden Beschäftigung suchen und finden sollten, sind hinausgestoßen aus seinen Grenzen, zu einem Wanderleben, zum Zerbrechen der Familie, zum Hinausgestoßenwerden aus den traditionellen Rahmen der Sitten und der Kirche verurteilt, also der sozialen Desorganisation und dem sittlichen Fall ausgesetzt. Der Umstand, daß die Regierung einen ungeheuren Teil des Bodens mit Arrest belegt hat, macht denen den Erwerb von Eigentum unmöglich oder erschwert ihn, welche solchen mit gesundem sozialen

Instinkt erwerben wollen. Es bleibt ihnen nur übrig, entweder eine hauslose Existenz zu führen oder schlechten Boden zu manchmal übertriebenen Preisen zu kaufen. Und in der Wirklichkeit stellt sich das noch nachdrücklicher, noch krasser dar. Denn wer das erfahren hat, der fühlt, daß hier nicht eine unerbittliche wirtschaftliche Notwendigkeit waltet, sondern daß übler Menschenwille bewirkte, daß seine Arbeit und sein Schweiß unbilligerweise übel belohnt werden, daß er für jeden Löffel Speise einem feindlichen politischen Organismus Zins zahlen muß.

Das vergiftet der einfache Mann nicht leicht, daran werden auch seine Kinder noch denken. Und in den städtischen gesellschaftlichen Schichten geht es nicht besser zu. Der Kaufmann und der Gewerbetreibende, der Rechtsanwalt und der Arzt fühlen auf jedem Schritt, daß die Dosis Wohlstand und Selbständigkeit, die sie für ihre Arbeit und für ihre Fähigkeiten einheimfen, nicht im gleichen Verhältnis steht zu der Arbeit und dem Wohlstand ihres deutschen Konkurrenten. Der Umstand, daß verschiedenartige Konzesse und Privilegien, alle staatlichen und halbstaatlichen Lieferungen und Dienstleistungen veräußert werden, vergrößert vielleicht die Rührigkeit und Unternehmungslust der Geschädigten, läßt in ihnen aber das tiefe Gefühl erfahrener Unbill zurück.

Und die Erbitterung aus Anlaß der Schulverhältnisse ist gleichfalls natürlich, gleichfalls durch eine wenig künstliche Agitation hervorgerufen. Nicht handelt es sich hier nämlich um eine angebliche Voreingenommenheit gegen die deutsche Sprache und die deutsche Kultur, deren Kenntnis jeder vernünftige Pole als unerlässliches Bedürfnis anerkennt, sondern um ein Unrecht, das den Kindern in ihrer Verstandes- und Geistesentwicklung zugefügt wird durch ein ungeheuerliches politisierendes Schulwesen. Um es nach seinem eigentlichen Wert zu beurteilen, dazu braucht man weder intelligent, noch gebildet zu sein, es reicht hin, Vater oder Mutter zu sein. Die Boden- und Schulfrage liegen auf dem Grunde des Nationalitätenstreites in dem hiesigen Gebietsteil; solange sie nicht in gesunder Weise erledigt werden, vermag alles Diplomatisieren auf der oder jener Seite die Sache nur fortzueskamotieren, nicht jedoch sie zu lösen.

Die deutsche Presse stellt den neuen Oberpräsidenten bei seiner Charakterisierung fast ausnahmslos als einen Mann von milder Hand und tiefem Verstande hin. Wenn wir der ersten Eigenschaft bei dem gegenwärtigen politischen System nur wenig Bedeutung beilegen, so legen wir der zweiten um so größere bei. Tief davon überzeugt, daß das, worauf wir verharren, sich mit den Erfordernissen der Zeit und mit der Ökonomie der sozialen Bestrebungen vereinbaren läßt, vertrauen wir darauf, daß sich früher oder später ein Mann mit durchdringendem Verstande finden wird, welcher unter Verwerfung der konventionellen Lügen, die den Kern des Problems umgeben, sich davon überzeugen wird, daß die Lösung der Aufgabe auf einem ganz anderen Wege, als man gegenwärtig annimmt, sich befindet. Ob Herr Schwarzkopf dieser Mann sein wird, das wissen wir nicht. Bis zum Beweise des Gegenteils können wir seinem Verstand und seinem guten Willen kreditieren, doch dürfen wir uns nicht Illusionen hingeben, die unsre Verteidigung desorganisieren und schwächen könnten.

Aus Nr. 234 des Wielkopolanin (Posen)
vom 13. Oktober 1911:

Nach Schluß der Ausstellung.

Die Ostdeutsche Ausstellung ist geschlossen. Seiner Zeit wurde darüber diskutiert, ob man an der Ausstellung teilnehmen soll oder nicht. Man kam schließlich darin überein, dem polnischen Gewerbe freie Hand zu lassen, doch hat man die Parole des Nichtbesuchens der Ausstellung ausgegeben.

Weil ein solcher Beschluß gefaßt worden ist, hat man ihn im allgemeinen streng befolgt, und das ist lobenswert. In unserer Lage müssen wir immer einig und solidarisch auftreten, auch wenn irgend ein Beschluß irrig sein sollte.

Gegenwärtig, nach Schluß der Ausstellung, kann man, ohne die Solidarität anzutasten, einige kritische Bemerkungen über den die Ausstellung betreffenden Beschluß aussprechen. Ehe wir jedoch dies tun, wollen wir noch über eine andere Angelegenheit sprechen.

Die radikalen Gegner der Ostdeutschen Ausstellung haben ziemlich geräuschvoll angekündigt, daß die Ausstellung mit großem Defizit abschließen werde, das von denjenigen gedeckt werden müsse, die die Garantiesummen gezeichnet hätten. Das war eine Phrase, wie viele andere, die von den von der Phrase lebenden Menschen im Munde geführt werden.

Diesenigen, die das behauptet haben, mußten wissen, daß die Kosten der Ausstellung fast ganz von den Ausstellern gedeckt wurden, daher existierte für die Garantiezeichner ja fast gar keine Gefahr.

Auch konnte man sich ausgerechnet haben, daß für die Verwaltungskosten das zum Betreten der Ausstellung erhobene Eintrittsgeld ausreichen würde.

Daher erwies sich die Prophezeiung, daß die Ausstellung bankrott machen wird, wenn wir sie nicht besuchen werden, als das, was sie in der Tat war, als eine leere Phrase. Den Herrn Phrasenmachern schien es, daß ihre Abwesenheit zum Bankrott der Ausstellung genügen werde. Eine solche enge Auffassung ist weiter nichts als unser persönliches Nichtrechnen mit der Wirklichkeit.

Gerade diese Prophezeiungen, daß die Ausstellung ohne unsere Teilnahme bankrott machen werde, haben die Energie der Veranstalter derselben verdoppelt.

Gerade diese unsere Prophezeiungen haben es verursacht, daß man auf der anderen Seite alle Kräfte anspannte, um den Beweis zu liefern, daß unsere Prophezeiungen nicht in Erfüllung gehen werden.

Man hat für die Ausstellung nach allen Seiten hin Reklame gemacht, Gäste aus den entlegensten Winkeln, nicht nur unseres Landesteils, sondern aus ganz Deutschland herbeigeholt. Es kamen Schulen, Behörden, Abgeordnete, Stadtverordnete usw., ja sogar Insassen der Irrenanstalt in Dwinö haben die Ausstellung besucht.

Der Massenbesuch erfolgte zu ermäßigten Eintrittspreisen, doch man erreichte das Ziel, denn die Ausstellung hat sich finanziell bezahlt gemacht und die Besucherzahl war bedeutend.

Diese Tatsachen kann man nicht leugnen, sie sind da. In dieser Hinsicht also erreichen wir nicht unser Ziel, das müssen wir zugeben.

Betrachten wir jetzt die Ostdeutsche Ausstellung von einem andern Gesichtspunkte.

Der Name war unsympathisch, das Ziel, die deutsche Industrie der Ostprovinzen im vollen Lichte zu zeigen, war deutlich. Das konnte uns von der Ausstellung abschrecken und hat uns auch abgeschreckt, doch dort, wo es um die Konkurrenz zweier Nationen geht, und wo der Kampf zum größten Teil sich auf wirtschaftlichem Gebiet abspielt, vor allen Dingen dort,

wo die eine Seite alles für sich, die andere alles gegen sich hat, dort dürften die Unannehmlichkeiten vor dem Kampfe nicht abschrecken.

Es ist uns unangenehm, daß wir die höheren und niederen deutschen Lehranstalten besuchen müssen, es ist uns unangenehm, daß wir im Verkehrsleben nur die deutsche Sprache hören, daß auf alle staatlichen, sozialen und städtischen Veranstaltungen man das deutsche Siegel gedrückt hat — und doch benutzen wir sie — oft unter Zwang — wie z. B. beim Lernen. Doch wenn es auch keinen Zwang geben würde, so müßten wir die Vorteile der Wissenschaft und was der Fortschritt und die Zivilisation mit sich bringen, nützen, im andern Falle würden wir in diesem Nationalitätenkampfe, in welchem wir nur die Vollandung auf jedem Gebiete der staatlichen Übermacht, der Kraft des übermächtigen Kapitals und der Kulturmacht entgegenzusetzen können, unterliegen und in Barbarei, in Unfähigkeit verfallen; dann könnte uns der Gegner leicht erdrücken.

Uns gefallen viele Sachen nicht, wir protestieren gegen sie im stillen und offen, und doch müssen wir sie nützen, so wie es unsere Lage uns gebietet.

Die Ausstellung wollte deutschen Charakter haben und sie hatte ihn auch, doch der deutsche Charakter konnte ihr Wesen und ihr wesentliches Ziel nicht ändern. Das Wesen jeder Ausstellung ist ihr wirtschaftlicher Charakter. Jeder einzelne Aussteller sorgt für sich für Reklame und ein größeres Absatzgebiet, um Knüpfung neuer und Befestigung alter Verbindungen.

Der Aussteller zieht die Allgemeinheit der Besucher an sich. Auf hundert Besucher wird sich vielleicht einer die ausstellende Firma merken, und das genügt. Es unterliegt also keinem Zweifel, daß die Aussteller im allgemeinen Vorteile erringen. Das ist gewiß. Von der Ausstellung hatte die deutsche Industrie einen Vorteil — die einigen wenigen polnischen Aussteller nicht mitgerechnet.

Weil nun unsere Industrie an der Ausstellung nicht teilgenommen hat, so kann sie von ihr keine Vorteile erwarten.

Die Ausstellung hatte ausschließlich deutschen Charakter — sie hatte ihn, weil wir es so haben wollten. Würden sich nämlich unsererseits alle diejenigen, die etwas ausstellen können, gemeldet haben, so würde der deutsche Charakter zur Hälfte verschwunden sein.

Der Name „Ostdeutsche“ Ausstellung würde geblieben sein, doch der deutsche Charakter derselben wäre verschwunden.

Unserer Meinung nach hätten wir uns durch das Geschrei der Hafatisten nicht abschrecken lassen sollen, sondern wir hätten an den Beratungen teilnehmen sollen, um Bedingungen zu erreichen, die wir erreichen konnten. Dann sollten wir solidarisch ausgestellt haben, was irgend nur möglich war.

Die Nichtanwesenden haben immer Unrecht.

Diejenigen, die immer eine hochtrabende Phrase im Munde führen, werden sich mit unserer Anschauung nicht einverstanden erklären, obwohl es die Tatsachen bewiesen haben, daß die hochtönige Phrase irreführt hat, daß von den Prophezeiungen nichts eingetroffen ist.

Aus Nr. 20 des Kupiec (Posen)

vom 16. Oktober 1911:

Die deutsche Ausstellung.

Die „Ostdeutsche Ausstellung“ ist am 9. d. Mts. offiziell geschlossen worden. Schon am nächsten Tage haben die redlichen Aussteller aus dem Wettbewerb ihre Schaustücke ausgeräumt und sind mit ihnen davon-gelaufen, weit weg vom Felde der Schau und Ehre. Denn man muß wissen, daß so mancher für die Ausstellung grob bezahlt hat, Nutzen aber hatte er wenig oder garnicht. Selbst der Vorsitzende der Ausstellung, Oberbürgermeister Dr. Wilms, gab, als er die Teilnehmer des Jahrmarkts in rührender Weise verabschiedete, verdrießlich zu, daß hinsichtlich der Erfolge und Vorteile, welche die Ausstellung den deutschen Industriellen bringen sollte, die Meinungen geteilt seien, offen gesagt: aus einer großen Wolke kleiner Regen.

Zur allgemeinen Freude hob Dr. Wilms lobend hervor, daß die eingenommenen Gelder alle Kosten decken würden, daß die Garantiefondszeichner nichts zuzuzahlen brauchten. Man hätte vielleicht 100000 Mk verdienen können, wenn sich diese böswilligen Polen von der Ausstellung nicht fern gehalten haben würden — fügte er mit Bitterkeit hinzu. Wir verstehen und teilen diesen Schmerz, denn aus der polnischen Tasche Hunderttausende herauszunehmen und sie in die deutsche fließen zu lassen — das wäre ein schöner Witsen.

Unsere Presse widmete der Ausstellung besondere kritische Artikel, wobei eine solche Verschiedenheit der Ansichten an den Tag kam, daß es wert sein wird, darüber im nächsten Hefte des Kupiec besonders zu schreiben.

Aus Nr. 19 des Kupiec (Posen)

vom 1. Oktober 1911:

Die Tragweite

der Ausstellungen für die Industrie.

Im Laufe meiner 35-jährigen Berufspraxis verfolge ich beständig die Handelsmärkte und die Art ihrer vorteilhaften Ausnutzung im Sinne des Sprichworts hervorragender Kaufleute, welche behaupten, daß es leichter sei, gute Waren zu fabrizieren, als sie gut zu verkaufen. Ich habe ganz Deutschland bereist, 47 Ausstellungen besichtigt und über 80 besucht, hatte somit Gelegenheit, mich zu überzeugen, wie die deutschen Fabriken gekämpft haben, um ihre Landsleute von der Güte ihrer eigenen Erzeugnisse zu überzeugen. Ich konnte besonders feststellen, daß außer anderen Reklame-mitteln, hauptsächlich die Ausstellungen zur Popularität ihrer heimischen Erzeugnisse unter dem Publikum beigetragen haben. Ich hatte ferner Gelegenheit, die Taktik kleinerer Firmen, die mit einer mächtigen Konkurrenz um den Absatz ihrer Erzeugnisse kämpften, zu beobachten, und kam wieder zu der Überzeugung, daß gerade die Ausstellungen das Publikum mit den Fabriken und ihren Waren bekannt gemacht haben, daß sie die Waren verbreitet und auf diese Weise die Bedeutung jener Firmen in der öffentlichen Meinung gehoben haben, daß also auf diese Weise die Entwicklung derselben in verhältnismäßig kurzer Zeit, nämlich in 25 Jahren, herbeigeführt worden ist.

Die Ausstellungen sind eine Art Jahrmärkte, auf welchen der Produzent mit dem Konsumenten zusammenkommt, um seine Waren zu präsentieren, sie dem Publikum zu empfehlen und ihre Vorzüge im Verhältnis zu den Konkurrenzprodukten darzutun, ihnen Unterstützung und Absatz unter dem Publikum zu sichern.

So erfolgreich und überzeugend zu wirken, ist eine andere Reklame nicht imstande!

Meine Beobachtungen der unserer Industrie anpassend, konnte ich feststellen, daß vielen unserer Fabriken die Kenntnis der Absetzung ihrer Erzeugnisse fehlt. Weil wir die Bedeutung der Ausstellungen nicht recht erkennen, erachtet man sie oft als zu kostspielige Unternehmungen, und gibt sich darüber keine Rechenschaft, daß diese einmaligen Kosten durch die Verschaffung neuer Kunden während der Ausstellung wieder reichlich wett gemacht werden. Wir übersehen diese Vorteile und wollen nicht begreifen, daß hauptsächlich die Ausstellungen zur Bekanntmachung des Publikums mit den heimischen Erzeugnissen beitragen und wir können infolgedessen sicher sein, daß das in der Ausstellung mit unseren Erzeugnissen bekannt gewordene Publikum sie bei seinen Kaufleuten verlangen wird, welche, wenn sie sich von der Nachfrage nach jenem heimischen Artikel überzeugt haben, ihn gern in ihren Geschäften einführen werden.

Weshalb beteiligen sich unsere Gewerbetreibenden nicht zahlreicher an den Ausstellungen, wenn sie eine so große Bedeutung haben und ihnen so große Vorteile geben? Unsere Ausstellungen müßten alle ein Manifest der polnischen Industrie sein, welche in ihrer ganzen Erscheinung dort hervortreten müßte, um sich der polnischen Kundschaft vorzustellen und sie für sich zu gewinnen. Im Durchschnitt kennt das polnische Publikum gar nicht die heimischen Erzeugnisse, wie kann man also von ihm die Unterstützung der heimischen Industrie verlangen, desgleichen auch, wie soll sich unsere heimische Industrie heben und entwickeln?

Wenn ich auf diese schwache Beteiligung unserer Gewerbetreibenden an den Ausstellungen hingewiesen habe, so will ich das Interesse für die Ausstellungen mehr wecken, um die Ausstellungskomitees, bezw. die betreffenden Industrievereine, durch die Veranstaltung von Ausstellungen nicht Verlusten aussetzen. Dies beweisen die abgehaltenen Ausstellungen in Posen, Gnesen, Hohenalza, Krotoschin, Bromberg, Ostrowo, Berent und die letzte in Berlin. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend und die Bedeutung der Ausstellungen für die heimische Industrie berücksichtigend, schlage ich vor, bei uns alle halbe Jahre Industrieausstellungen abzuhalten; damit aber nicht gleichzeitig in verschiedenen Städten unserer Heimat Ausstellungen abgehalten werden, müßte bei dem Verbande der Industrievereine ein ständiges Ausstellungskomitee geschaffen werden, welches gemeinschaftlich mit den betreffenden Industrievereinen die Ausstellungen arrangieren und eröffnen und jeglichen Kollisionen, welche nicht nur den betreffenden Komitees, sondern auch den Ausstellern durch Zersplitterung schaden könnten, vorbeugen würden. Im allgemeinen müßten Ausstellungen in allen Kreisstädten veranstaltet werden; die Städte: Stargard, Neustadt i. W., Thorn, Graudenz und in der Provinz Posen: Schildberg, Lissa, Wollstein, Samter, Kosten, Schmiegel u. s. w. würde ich als diejenigen erachten, die zuerst in Betracht kommen.

Sobald wir uns auf diese Weise darum bemühen werden, die heimischen Erzeugnisse auszustellen und das breitere Publikum für diese Erzeugnisse zu interessieren und durch dieselben die Entwicklung unserer Fabriken veranlassen werden, dann können wir auch in Zukunft evtl. gemeinschaftlich in den Ausstellungen außerhalb der Grenze hervortreten, um auch dort — so weit es der Zoll und die Überfahrtskosten dazu erlauben — die heimischen Erzeugnisse einzuführen und den Ruf der polnischen Industrie einzuprägen.

Jeder wird zugeben, daß die Tschechen nicht viel besser als wir ausgestattet sind und dennoch haben sie riesige Fortschritte gemacht. Um wieviel haben sie uns schon in wirtschaftlicher Hinsicht überflügelt! Während wir die Industrie und den Handel als eine beständige Erwerbsquelle traktierten, haben die Tschechen sie als das Mittel zum höchsten Ziele aufgefaßt, welches die Hebung des heimischen Wohlstandes ist und dieses Ideal macht es, daß sie für die Industrie und den Handel mit der ganzen Hingebung arbeiten, um sich immer mehr und mehr bis zur Höhe des Wohlstandes und zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit emporzuschwingen. Wenn heute die Tschechen an den dalmatischen Ufern ihre eigene Handelsflotte anlegen, um den Absatz der tschechischen Erzeugnisse zu erleichtern und zu beschleunigen, so muß man die Ursache des zeitigen Fortschritts in der Geschichte ihrer gemeinschaftlichen Wirtschaft, der außergewöhnlichen Elastizität und Gewandtheit der Tschechen zuschreiben, welche jede Gelegenheit, die zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt, auszunützen verstehen.

Auch wir haben ein großes Arbeitsfeld vor uns, auch wir könnten gleiche Triumphe feiern, wenn wir nur im gleichen Maße die uns sich bietende Gelegenheit, unsere Erzeugnisse zu verbreiten, ausnützen würden, wozu das beste Mittel die Ausstellungen sind.

Boleslaus Kasprowicz.

Aus Nr. 235 des Dziennik Bydgoski (Bromberg) vom 12. Oktober 1911:

Jüdischer Patriotismus.

Manche Juden halten es für ihre Pflicht, auf Schritt und Tritt ihren deutschen Patriotismus und ihren Haß gegen das Polentum zu bekennen. Stets kann man sie in den ersten Reihen der Hatatisten sehen und stets schreien sie am lautesten: Hujja auf die Polen!

Dieselbe Erscheinung konnte man gelegentlich des Schlusses der antipolnischen Ausstellung in Posen wahrnehmen. Während die andern Redner sich über die wirtschaftlichen Werte dieser Ausstellung ausließen, hob Herr Rogowski aus Gnesen nachdrücklich ihre nationaldeutsche Bedeutung hervor. Er sagte nämlich, daß die Ausstellung das Produkt der großen nationalen Idee (des Zermalmens der Polen) gewesen sei, daß sie einen friedlichen Sieg und den Triumph der deutschen Arbeit in den „Ostmarken“ bedeute.

Herr Rogowski ist Jude, wenn auch der Dziennik Poznański, sich seines europäischen Stils bedienend, ihn einen Israeliten nennt. Schon während der Anwesenheit des Kaisers in Gnesen und auch bei andern Angelegenheiten trat er als schrecklich schneidiger Patriot hervor. Dafür schmückt seine Brust auch irgend ein Schleichen oder sonst etwas ähnliches.

Solcher Juden, wie Herrn Rogowski, haben wir mehr. Ihr Auftreten muß die polnische Bevölkerung verlegen und hieraus erklärt sich auch die in unserer Volksgemeinschaft ständig wachsende antisemitische Bewegung. Wer so deutlich und in so herausfordernder Weise auf der Seite unserer Feinde steht, der möge sich nicht wundern, daß sich das polnische Volk entschieden von ihm abwendet.

Aus Nr. 41 des Głos Wielkopolek. (Posen)
vom 14. Oktober 1911:

Unsere innere Arbeit.

Verschiedentlich schon haben wir darauf hingewiesen, daß der Kernpunkt unserer Arbeit nicht in Berlin, nicht auf der parlamentarischen Arena, sondern im Lande liegen sollte. Unser Arbeitsgebiet sind nicht die Köpfe und Herzen der preußischen Minister und Abgeordneten, nicht die Köpfe und Herzen der preußischen Regierung. Die Arbeit auf diesem Gebiete ist eine Sisyphusarbeit und vergeblich. Diese Köpfe und Herzen sind ein Feld, auf welches du vergeblich das Saat Korn wirfst.

Aber hier, hier bei uns im Lande gibt es genug anbaufähiges Land. „Ha! brach liegt unser Feld“, singt unser Kujawischer Dichter — „Obwohl es Korn gibt, so fehlen doch Hände zum Säen!“ Es würde vielleicht genug Hände zu diesem gottgefälligen Säen, dessen Name Arbeit an der Aufklärung des Volkes lautet, geben, doch diese Hände arbeiten dort, wo ihre Arbeit ergebnislos ist. Sie lassen sich nicht überzeugen, daß es notwendig ist, unter dem Volke zu arbeiten, wo man es nicht in Vereinen tun kann, so muß man von Hütte zu Hütte gehen und dorthin das selige Evangelium der Liebe tragen, so wie es uns die Väter überliefert haben.

Wieviel von den drei Millionen Polen, die das Glück haben, unter der preußischen Regierung zu wohnen, sind wirkliche Bürger, d. h. Menschen, die das wissen, was sie sind, wie sie immer handeln sollen, die ihre Bürgerpflichten kennen und sie auch erfüllen, Menschen, die ihre Rechte haben und es nicht gestatten, daß der erste beste Beamte, der vom kafatistischen Geist umweht ist, sie ihnen kürzt. Haben wir solcher Menschen vielleicht nur 10 000? Wir wollen annehmen, daß diese Ziffer der Wirklichkeit entspricht, obwohl derjenige, der unsere Verhältnisse kennt, ungläubig mit dem Kopfe schütteln wird, daß die Ziffer der aufgeklärten Polen im preußischen Anteil faktisch so groß sein soll. Wie viele würden angesichts dessen übrig bleiben, die noch sehr, sehr viel politisch-aufklärende Lehre brauchten und auf ein gesundes Korn eines nationalen Gedankens warteten?

Eine nationale Arbeit unter diesen zahlreichsten Scharen ist eine schöpferische Arbeit, sie bedeutet das Errichten des Vaterlandes in Millionen von Herzen.

Sollten zu einer solchen Arbeit sich nicht genug Willige finden, sollte eine solche Arbeit nicht alle diejenigen, die wahrhaft eine bessere Zukunft für uns wünschen, anziehen?

Wie wenig jedoch gibt es der Arbeiter, welche die Notwendigkeit einer inneren Arbeit anerkennen und auch ihre eigene Faulheit besiegen, um sich ehrlich an diese Arbeit heranzumachen. Diejenigen, die arbeiten, tun dies mit solcher Selbstverleugnung, daß sie in kurzer die Gesundheit verlieren und vorzeitig ihre Kräfte verschwenden, weil sie sowie so schon mit ihrer Berufsarbeit überlastet sind. Sie wünschen doppelt zu arbeiten — für sich und auch für diejenigen, die mit gefalteten Händen höchstens die nationale Arbeit bisfig kritisieren, oder auf dieselbe mit höchster Gleichgültigkeit sehen können.

In unsern Vereinen gibt es Arbeit in Hülle und Fülle. Es gibt aber vielleicht nicht einen einzigen Vereinstypus, der sich rühmen könnte, aus der sogenannten Intelligenz genügend Arbeitskräfte zu besitzen. Sie fehlen in den Industrie-, kaufmännischen, Gefangs- und Sokolvereinen, sie fehlen im Strassverein, sie fehlen — mit einem Wort — überall. Nur Einzelne arbeiten in ihnen ausdauernd in der

Hoffnung, daß die Gleichgültigkeit derjenigen, die „die Fackel der Aufklärung vor dem Volke tragen sollten“ endlich aufhören wird, daß auch sie ihre Hand an die Arbeit legen werden, welche mit der Notwendigkeit unserer Errungenschaften und unseres nationalen Fortschritts angezeigt ist. — Mit der Arbeit in den polnischen Vereinen dürfte jedoch unsere nationale Arbeit nicht aufhören. Sie umfaßt weitere Kreise, sie berührt unser Alltagsleben und überschreitet die Schwelle des polnischen Hauses. Im Alltagsleben erfahren wir täglich, daß uns noch sehr viel Aufklärung fehlt. Das fehlende Verständnis für die Bedeutung der Parole „Jeder zu den Seinen“ verliert Hunderttausende von polnischen Groschen in jüdische, fremde Taschen, während so viele Stammesbrüder dem Drucke der deutsch-jüdischen Konkurrenz unterliegen. Im Alltagsleben treffen wir auf Schritt und Tritt Mißachtung der polnischen Sprache an. Es genügt mit der Bahn oder der Elektrischen zu fahren, um zu hören, wie die Polen radebrechen, um nur mit dem Kondukteur, vielleicht sogar einem Polen, deutsch zu sprechen und die Reisenden in ihrer Sprache zu begrüßen. Es genügt, unsere Straßen entlang zu schreiten und sich die Firmenschilder anzusehen. Auf diesen ist die Aufschrift an erster Stelle nicht in der Muttersprache, sondern in der fremden Sprache zu sehen; manchmal bemerkst du eine Aufschrift in der Muttersprache überhaupt nicht. Diese und ähnliche Beweise der Nichtachtung der Muttersprache müßten verschwinden, dies kann jedoch nur bei der angestrengtesten Arbeit aller Menschen guten Willens geschehen.

Und das polnische Haus? Wissen denn alle polnischen Mütter, wie man die Kinder zu tüchtigen Söhnen des Vaterlandes erzieht? Lernen denn alle polnischen Kinder die Sprache ihrer Vorfahren, die schöne Sprache der Rej, Kochanowski, Slowacki, Mickiewicz und Krasiński?

Arbeit gibt es, wie wir sehen, in Hülle und Fülle — für polnische Männer und polnische Frauen. Es müßten alle, denen unsere Zukunft, unsere Wiedergeburt am Herzen liegt, sich an die Arbeit machen. Werden wir diese innere Arbeit nicht gehörig vollziehen, so werden wir unseren nationalen Stand des Besitzes nicht halten können, und die germanische Welle wird uns langsam verschlingen.

Aus Nr. 235 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 17. Oktober 1911:

Bemerkungen zum Verbandstage der Erwerbsgenossenschaften.

Die Angelegenheiten des Verbandstages haben wir im laufenden Jahre allseitiger als je besprochen. Dazu hat nicht wenig eine verständige Neuerung beigetragen. Die vorherige kurze Besprechung der Verbandstagsfragen in der Presse, — eine empfehlenswerte Methode. Wo ihre Anwendung bei Kongressen unmöglich ist, da wird sich ein anderer Modus finden, um die Gedanken frühzeitig anzuregen. Auf diese Weise werden die Beratungen bedeutend verkürzt und vertieft. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit, die Sache daheim genau zu überdenken und zu besprechen. Ein bloß als Punkt der Tagesordnung bekannt gegebener Punkt klingt allgemein und enthüllt gewöhnlich nicht den Kern der Sache, um den es sich handelt. Kranken und kranken doch die verschiedenen Kongresse daran, daß die Teilnehmer nicht genügend vorbereitet erscheinen.

Im Allgemeinen sind unsere Genossenschaften in das Zeichen der Bewegung und des Fortschritts ge-

treten. Es ist ein charakteristisches Zeichen des letzten Verbandstags, daß er finanzielle Reformen der letzten Zeit auf die Genossenschaften anzuwenden trachtete.

Zunächst das Zahlen durch Überweisung auf das Bankkonto. Die Genossenschaften modernisieren ihre Manipulation etwas nach dem Muster der Bankinstitute, und eine gute Folge der Neuerung wird die Vermehrung des Barbestandes in der Hand der Genossenschaften sein. Wieviel derartige dem Anschein nach kleine Erleichterungen bedeuten, das werden wir gewiß schon im Januar verspüren, wenn die Landwirtschaft nicht vermögen wird, mit der Leichtigkeit der letzten Jahre den Genossenschaften und der Volksgemeinschaft die im Sommer entliehenen Kapitalien zurückzuerstatten.

Ein weiterer Fortschritt wäre hier eine Abmachung zwischen den Genossenschaften, kraft deren der Deponent seine Einlage aus einer Genossenschaft in die andere überträgt, ohne sie abzuheben, ohne sie an der neuen Stelle einzuzahlen und ohne irgendwelche Einbuße an Zinsen zu erleiden. Ein Schneidergeselle z. B. hat in der Lössauer Genossenschaft eine Einlage von 200 M. Beim Verzug nach Posen tauscht er in einer der Posener Genossenschaften sein Lössauer Depositenbuch in ein neues Posensches ein, und die Posener Genossenschaft beantragt unter Übersendung des Depositenbuchs in Lössau die Überweisung des Deposits. Der Tag der Überweisung des Geldes ist zugleich der Termin zur Zinsberechnung. Der Deponent büßt keine Zinsen ein, er hatte keine Gelegenheit, die Einlage bei dem Umzug auszugeben, sondern diese verbleibt in den Genossenschaftskassen. Einen solchen Modus haben die deutschen Sparkassen bei sich unlängst eingeführt.

Ein zweiter zivilisatorischer Fortschritt betrifft die landschaftlichen Genossenschaften. Zu ihren wichtigsten Aufgaben soll von jetzt an die Regelung des auf Hypotheken gestützten Real- und persönlichen Kredits gehören. Das ist der einzige Modus, die landschaftliche Genossenschaft eng mit dem Landwirt zu verknüpfen. Und auf diese Weise wird tatsächlich die Umwandlung einer Parzellierungsgenossenschaft in eine landschaftliche durchgeführt. Der Fortschritt entspricht dem Geiste der Zeit, der die Hindernisse beseitigt, welche die Bevölkerung von ihren Instituten trennen. Entsprechend der Neuerung formt sich die ganze Art und Weise der Arbeit in der bisherigen Parzellierungsgenossenschaft, ihr Verhältnis zur Kundschaft, das Maß und die Art der einzelnen Gewinnste, und es werden Bedeutung erlangen die kleinen Genossenschaften, die jetzt doch wohl in allen Kreisen entstehen werden. Arbeit wird es in Hülle und Fülle geben. Verdanken doch die „Bauernbank“ und die „Mittelstandskasse“ den größeren Teil ihrer Kunden dem Titel „Hypothekenregulierung“. In der Tat finden sie in den Hypotheken viel zu bessern und zu löschen. Und ohne Ausnahme würden diese Institute den bäuerlichen Wirten stets rechtshaffene Hilfe bringen, wäre die Hypothekenregulierung ihre tatsächliche Aufgabe.

Und noch einen Schritt hat nach dem Geist der Zeit der Verbandstag getan, indem er die Vermittlung im Bodenhandel beschränkte. Die Darlehns-genossenschaften sollen gewissenlosen Agenten nicht helfen. Das ist gleichfalls ein Modus zur engeren Verbindung der Genossenschaften mit der Bevölkerung. Richtig ist der Gedanke, den wir in polnischen und deutschen Inzeraten lesen: „Vermittler ausgeschlossen“. Auch die Regierung hat recht, wenn sie das gleiche tut. Die Juden rufen nach freiem Bodenhandel; sie klagen, daß man ihnen auch hier den Verdienst nehme; aber das staatliche Ansiedlungssystem respektiert die Klagen nicht. Abgesehen davon, veranlaßt die Jagd auf polnische Güter die Ansiedlungskommission, Beziehungen

zu einigen „angesehenen“ jüdischen Firmen, wie Friedländer und Kronheim in Bromberg zu unterhalten, die wiederum einige geschickte Jüdchen in Diensten haben. Aber das Präsidium der Kommission weiß offiziell nichts davon, da das Regierungssystem Vermittler ausschließt.

Das Lachen kommt einem an, wenn man die deutschen Auslassungen über das Thema „glänzende polnische Organisation“ liest. In Wirklichkeit haben wir zu einem Verbandszusammengeschlossene Genossenschaften, nichts weiter. Ist es denn möglich, daß es ein Land in Europa gäbe, welches heute keine Genossenschaften und keine Verbände derselben hätte? Unsere Genossenschaften könnten schlechter geleitet werden, das ist wahr, — aber nichts weiter. Unter uns herrscht nach alter Weise völlige Freiheit, die Quelle des Lebens und der Bewegung. Für Opfer, für Maßhalten zum Wohle der Allgemeinheit sorgt — Gott sei Dank — die Regierungspolitik, die von Tag zu Tag uns zusammenjagt. Das ist unsere Organisation, unser „Gemeinwesen“ im preussischen Staat. Dagegen ist nur das Regierungssystem eine Organisation! So hat man z. B. im Ansiedlungswerk folgende Ordnung eingeführt: An der Spitze die Regierung, dann die Ansiedlungskommission, weiter die „Bauernbank“ und „Mittelstandskasse“ als Hilfspglieder; dann folgen die Genossenschaften, die in aller Liebe — den Bauern umfassen. Auf dieser Leiter hat der Bauer seinen Zutritt bis zur Berliner Zentrale, wo alle Freuden, Wohltaten und Erleichterungen für die bereit sind, die da geglaubt haben, und auf dieser Leiter steigen unablässig Beamte herab mit Gnadenbezeugungen für die Getreuen oder mit Mahnungen für die Irrenden. Aber uns wird Herr Bernhard mittelst seiner leeren Behauptung leider keine Organisation schaffen. In dem obigen Regierungssystem gibt es keinen Platz für Vermittler und Agenten, und wir sind, durch den Schaden belehrt, zu dem gleichen Schluß gekommen.

Es scheint, daß die Frage der Spekulation in den Kolniks nicht in jeder Hinsicht aufgeklärt worden ist. Natürlich muß auch der Kolnik spekulieren, denn er handelt mit einer Ware, welche Weltmarktpreise hat. Nicht ohne ernste Spekulation kalkuliert unser Kolonialwarenhändler, wenn er z. B. Kaffee und Heringe in größeren Quantitäten kauft. Aber außer der unerlässlichen Spekulation giebt es auch eine hasardartige, welche der Strafrichter keinem mit eigenen Mitteln operierenden Privataufmann verzeiht, sofern er durch Verspekulieren in Konkurs gerät. Der Vorstand eines Kolniks aber ist kein Kaufmann, sondern nur der Verwalter eines kaufmännischen Geschäfts. Wo nun die nötige und vernünftige Spekulation endet und das Hasard anfängt, das zeigen die Geschäftsverhältnisse.

Auch noch andere Fragen tauchen in den Kolniks auf und sie bleiben für die Zukunft unentschieden. Die Frage der Zentrale! Was ist darunter zu verstehen? Etwa ein Zentralbureau, welches im Handelsmechanismus des Ein- und Verkaufs, in unvermittelten Abkommen, in Aufschlüssen, betreffend die Konjunkturen behülflich ist? Es scheint, daß dies nach der Erledigung, welche diese Sache durch Schaffung eines Vermittelungsbureaus beim Kuratorium gefunden hat, keine brennende Frage ist. Die Kolniks bedürfen, wie alle Händler mit landwirtschaftlichen Produkten, großer Kapitalien zu Vorschüssen. Darin liegt die Hauptsache. Sie müssen im Frühjahr und vor allem im Sommer Vorschüsse leisten. Die Frage betreffend eine besondere Geldzentrale für die Kolniks teilt sich in die Frage, ob eine solche besondere neue Bank nötig ist, da wir die Verbandsbank besitzen, und in der zweiten Frage, ob unsere materiellen Mittel hinreichen, um eine Aktiengesellschaft mit großes An-

lagekapital zu schaffen. Denn bedeutend muß es sein auch mit Rücksicht auf die zweifellose künftige Entwicklung der Rolniks.

Die Tatsache der schnellen Aufnahme von 3 Millionen Aktien zur Hebung der Verbandsbank scheint die Frage der Geldmittel der Volksgemeinschaft zu bejahen. Nur ist ein Imponderabile festzustellen: der glänzende Ruf der Verbandsbank in der besten Zeit der Geldkonjunktur hat hier viel bedeutet. Wäre aber der gegenwärtige Stand der öffentlichen Meinung den Rolniks ebenso günstig? Es ist auch zu erwägen, daß die Rolniks denselben landwirtschaftlichen Kunden zu derselben Jahreszeit Vorschüsse gewähren, wie die Darlehns-Genossenschaften, nur daß die einen sie auf Grund von Kontrakten auf den Verkauf von Feldfrüchten gewähren, die anderen dagegen als Wechsel darlehen. Und zu derselben Winterszeit wandern die entnommenen Summen wieder in beiden Quellen zurück. Die Frage ist die, ob sich mit Rücksicht hierauf zwei Zentralinstitute empfehlen, die mit einander konkurrieren, ob nicht vielmehr eines hinreicht, welches auf der Hut aller Bedürfnisse steht und alle in gleicher Weise regelt? Die Verbandsbank regelt nun nicht nur die genossenschaftlichen Verhältnisse, sondern sie leitet auch die Geldtätigkeit der ganzen Volksgemeinschaft in bestimmte reguläre Formen, und sie sucht zum Nutzen Aller die ersparten Summen der kleinen ländlichen und städtischen Sparer zu verwenden.

Darum verfahren meines Erachtens die Darlehns-Genossenschaften nicht kollegialisch, wenn sie unter Ausnutzung des Übergewichts ihrer Stimmen beschließen, daß die Depositen einzig ihnen zukommen. Wenn es sich nämlich um die Besserung der materiellen Verhältnisse der Rolniks handelt, dann ist Egoismus der ihnen die Depositen abspricht, umsoweniger am Plage. Die gleiche Frage war schon den Parzellierungs-Genossenschaften gegenüber auf der Tagesordnung. Aber sie haben ihr Recht durchgedrückt. Denn jeder hat das gleiche Recht, sein Interesse mittelst der Ersparnisse der Allgemeinheit zu decken. Für ein Kreditinstitut erwächst kein besonderer Rechtstitel auf die Depositen daraus, weil sie unmittelbar den Einen das Geld gewähren, welches sie von den Andern empfangen. Andere Genossenschaftstypen handeln im Resultat ebenso, nur in anderer Form, sie haben noch einen längeren mittelbaren Weg durchzumachen. Ihnen gebührt um so größere Rücksichtnahme und um so mehr Wohlwollen, je schwieriger ihre Aufgabe in der heutigen Zeit der Entwicklung und der allseitigen Erleichterungen ist.

J. M. Palendzki.

Aus Nr. 42 der Praca (Posen)
vom 15. Oktober 1911:

Generalversammlung des Vereins zur Pflege des Sparsinns.

Am 25. September 1908 ist in Posen der Verband der Kassen der kleinen Ersparnisse unter dem Namen „Verein zur Pflege des Sparsinns“ gegründet worden. Aus Anlaß der diesjährigen Generalversammlung des Verbandes der Erwerbsgenossenschaften fand im katholischen Hause am 27. September die Generalversammlung dieses Vereins statt, welche folgenden Verlauf hatte:

Der Vorsitzende Propst Niesiolowski aus Pleschen berief nach Vorlesung und Annahme der Tagesordnung Frau Niedzielska aus Posen zur Schriftführerin. Nunmehr gab der Vorsitzende einen Überblick über die Entwicklung des Vereins und verlas die wichtigsten

Ziffern aus den Jahresberichten der Kassen der kleinen Ersparnisse, die zum Verein gehören.

Zum Schluß des Jahres 1910 gehörten dem Verbands 21 Sparkassen an. Der Bericht umfaßt jedoch nur 17 Kassen, weil die Kassen, die Ende 1910 gegründet worden sind, den Jahresbericht noch nicht einsenden konnten. Die Entwicklung der einzelnen Sparkassen ist im allgemeinen gut, obwohl in einigen Ortschaften ein Stillstand zu bemerken war.

Die wichtigsten Bilanzfiguren stellen sich folgendermaßen dar:

Im Jahre 1910 hat man in 16 Kassen (eine Kasse sandte den Jahresbericht nicht ein) für 35 305,30 Mk. Sparwertzeichen verkauft. Von den Ersparnissen wurde die Summe von 19 418,04 Mk. zurückgezahlt, in Banken hat man 91 790,84 Mk. hinterlegt. Der Rezervefonds beträgt 15 46,84 Mk. Wenn man noch diejenigen Kassen, welche den Jahresbericht nicht eingekandt haben, berücksichtigt, so betrugen die durch Vermittlung der Kassen gemachten Ersparnisse zum Schluß des Jahres 100 000 Mk. Das ist zweifelsohne eine bedeutende Summe, wenn man bedenkt, daß mit einigen wenigen Ausnahmen die Sparer Kinder unter 16 Jahren sind. — Doch die Bedeutung der Kassen der kleinen Ersparnisse beruht nicht so sehr in der Höhe der ersparten Summen wie vielmehr in ihrer erzieherischen Tätigkeit. — Von diesen Tausenden von Kindern, die dort ihre ersparten Groschen hinterlegen, lernt ein bedeutender Teil in der Praxis die weittragende Bedeutung der Tugend der Sparsamkeit kennen und geht dann mit der Zeit zu unsern Volksbanken über.

An den Jahresbericht schloß sich eine lebhafteste Diskussion, in der man die Aufmerksamkeit auf die verschiedenen, in den einzelnen Kassen gemachten Erfahrungen lenkte.

Nunmehr verlas der Schatzmeister des Vereins, Geistlicher Wisiecki, den Verbandskassenbericht. Der Bestand für das Jahr 1910 betrug 72,86 Mk. — Geistlicher Kłos aus Labischin beantragte im Namen der Revisionskommission Entlastung, welche auch von der Versammlung einstimmig erteilt wurde. Geistlicher Wisiecki erklärte nunmehr, daß er das Amt des Schatzmeisters nicht länger behalten könne. Daher wählte man zur Schatzmeisterin Frau Czepczynska aus Posen. Auf Antrag des Vorstandes hat man beschlossen, die Kasse in Rędzierzyn vom Verbandsbeitrag zu befreien.

Nunmehr erstatteten der Reihe nach die Revisoren Bericht über die erfolgte Revision der einzelnen Kassen. Aus diesen Berichten hat der Verbandsvorstand den Eindruck gewonnen, daß man mit der Zeit werde daran denken müssen, einen gewissenhaften Verbandsrevisor anzustellen. Da wegen Mangel an Fonds dieses vor der Hand nicht durchgeführt werden kann, hat man beschlossen, daß die in der vorjährigen Generalversammlung gewählten Revisoren auch weiterhin die einzelnen Kassen revidieren sollen u. z. revidiert

Geistlicher Dr. Sychowski die Kassen in Hohensalza und Patosch,

Frau Dr. Kapuscinska die Kassen in Gnesen, Rędzierzyn, Strelno und Kosten,

Geistlicher Niesiolowski die Kassen in Golejewko, Kunowo, Ostrowo, Groß-Schliewitz, Posen und Pawlowo,

Geistlicher Kłos die Kassen in Bromberg, Hohensalza und Maryloh (Westfalen),

Geistlicher Ludwiczak die Kassen in Bisкупitz, Adelnau, Pleschen, Groß-Whjocko und Skalmierschütz.

In der freien Aussprache bemerkte der Vorsitzende, daß man im Sinne des vorjährigen Beschlusses mit

der Fabrik von J. K. Ziolkowski in Posen einen Vertrag geschlossen habe, auf Grund dessen sich die Fabrik verpflichtet hat, 1000 Sparwertzeichen für 1 Mk. und Sparbücher zu 10 Pf. das Stück jedoch nur denjenigen Kassen zu liefern, die dem Verbande angehören. Die Złota Skarbona (goldene Sparbüchse) in Posen und

die Kasse in Groß-Schliewitz haben Wertzeichen eigenen Verlags im Gebrauch.

Man hat auch darüber debattiert, ob es sich nicht empfehlen würde, die 5-Pfennigwertzeichen als überflüssig abzuschaffen und außer den 10- und 20- noch 50-Pfennigwertzeichen einzuführen.

J a h r

Übersicht über den Umsatz der Kassen der kleinen Ersparnisse, die dem Verein zur Pflege

Laufende Nr.	N a m e	Gründungs-jahr	Man verkaufte		Man zahlte aus		Ausgabe von Sparbüchern		Gewinn- und	
			im Jahre 1910	im ganzen	im Jahre 1910	im ganzen	im Jahre 1910	im ganzen	Gewinn aus den Zinsen	aus anderem
1	Bischwitz	1908	135,—	415,—	215,60	253,—	5	61	13,40	—
2	Gnesen	1906	1 875,50	9 831,70	1 691,50	7 457,08	—	—	104,91	—
3	Golejewko	1907	—	1 354,23	—	195,34	—	—	43,65	—
4	Hohensalza	1908	2 654,07	6 409,27	1 266,79	1 685,84	—	—	—	—
5	Kendzierzyn	1907	66,80	518,45	81,36	249,12	7	98	19,64	—,63
6	Kunowo	1904	456,60	2 280,90	11,60	44,—	6	113	—	—
7	Abelnau	1904	207,10	2 596,55	294,13	1 570,76	5	353	56,16	—
8	Ostrowo	1906	3 673,10	21 963,80	4 709,18	12 322,33	—	—	519,50	22,55
9	Pafosch	1907	660,—	—	1 252,79	3 085,70	31	726	74,—	—
10	Pleschen	1899	2 575,95	22 664,20	2 403,14	13 646,43	179	1794	389,80	10,20
11	Posen *)	1908	6 725,98	16 163,68	3 722,60	7 181,72	—	—	372,05	125,25
12	Groß Schliewitz	1906	14 911,70	48 023,70	1 644,70	2 158,30	220	1860	1571,25	—
13	Wongrowitz	1907	682,55	5 093,95	1 480,30	3 330,05	—	754	55,33	—
14	Wojcin	1908	95,—	797,85	100,—	143,25	—	—	30,15	—
15	Groß Wysocko ..	1906	436,45	2 060,—	450,75	772,79	11	238	65,25	8,—
16	Zydowo	1905	149,50	1 314,50	93,60	172,40	—	—	—	—
17	Strelno	1908	—	—	—	—	—	—	—	—
Bericht ist										
			35 305,30	141 437,78	19 418,04	54 268,11	464	5997	3315,09	166,63

*) Złota Skarbona (Goldene Sparbüchse).

Aus Nr. 234 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 13. Oktober 1911:

Unsre politischen Lager im Großherzogtum
und die Reichstagswahlen.

Die deutsche Presse beginnt immer öfter ihre Verwunderung darüber auszudrücken, daß in der polnischen Volksgemeinschaft trotz der Nähe der Reichstagswahlen sich die Parteikämpfe keineswegs verschärfen, daß vielmehr in dieser Hinsicht größeres Maßhalten herrsche als je. Die deutsche Presse hat besonders das Großherzogtum im Sinn.

Ein solches Blatt, wie die Schles. Ztg. schreibt ausdrücklich, das sei kein Zufall, es geschehe eher offenbar nach einem zurechtgelegten Plane. Gleichsam zum Beweise deutet die Schles. Ztg. auf die Art und Weise hin, wie unser Blatt auf die bekannten Artikel des Dziennik Poznański reagierte, worin in dem neuen Oberpräsidenten der „Gouverneur“ des Großherzogtums Posen begrüßt wurde. Die Schles. Ztg. sagt, die Antwort unseres Blattes sei sehr entschieden gewesen, und sie habe nachdrücklich den Unterschied charakterisiert, der in der Art und Weise des politischen Denkens zwischen dem nationaldemokratischen und dem konservativen (polnischen) Lager bestehe. Ungeachtet dessen habe man diese Frage in einigen Artikeln erledigt, und der Konflikt sei keineswegs auf den Boden der Wahlbewegung übertragen worden.

Man muß zugeben, daß die Schles. Ztg. sich gar nicht übel in die politische Situation hinein-fühlt. Wir möchten nur bemerken, daß man mit jenen

zweifellos eingesandten Artikeln des Dziennik Poznański das ganze konservative (polnische) Lager nicht identifizieren darf, der konservative Flügel unserer Volksgemeinschaft ebenso wie sein Mittelpunkt, das Bürger-Kasino, ist nicht gleichmäßig, im Gegenteil, es hat zahlreiche Schattierungen, beginnend mit dem politisch und sozial Gemäßigten und endigend mit dem sehr Extremen. Dabei ist übrigens nichts zu verwundern: Um den nationaldemokratischen Verein gruppieren sich ebenfalls nicht ganz gleichmäßige Faktoren. Wir meinen, daß nicht alle konservativen Elemente sich mit den erwähnten Artikeln des Dziennik Poznański ganz solidarisieren, obgleich deren Leitgedanke zweifellos der politischen Tendenz der Allgemeinheit der Konservativen entspricht.

Soweit wir auf konservativer Seite auf Erscheinungen stoßen, die — unseres Erachtens — politisch nachteilig und geeignet sind, unsre nationale Politik auf irrige Bahnen zu leiten, traten und treten wir stets offen und entschieden gegen sie auf. Das ist auch im gegebenen Falle geschehen. Doch bedeutet das keineswegs, daß wir der konservativen Richtung die Existenzberechtigung in der Volksgemeinschaft absprechen. Im Gegenteil: wir haben stets deutlich und aufrichtig gesagt, daß sich die konservativen Elemente auf politischer Grundlage ebenso organisieren sollten, wie die demokratischen, damit beide Richtungen, im Besitz von organisierten Kadres, von deutlichen Zielen und von einer beachtenswerten Leitung, in der Volksgemeinschaft wahrhaft kulturelle politische Faktoren bildeten. Ursprünglich fiel es den Konservativen schwer, sich davon zu überzeugen; denn man hatte sie Jahr-

Man hat den Vorstand beauftragt, die in dieser Angelegenheit nötigen Informationen zu sammeln.

Zum Schluß empfahl der Vorsitzende Umsicht bei Gründung von neuen Kassen, da sie, obwohl die Sache an und für sich gut und sehr empfehlenswert sei, nicht die erhofften Früchte zeitige, wenn sie in un-

geeignete Hände gerate. — Der Verein zur Verbreitung des Sparsinns sei ja gerade zu dem Zweck gegründet worden, nicht nur zu Gründungen von Kassen für kleine Ersparnisse anzuapornen, sondern auch dafür zu sorgen, daß die schon bestehenden Kassen sich gut entw- Wickeln. — Damit wurde die Sitzung geschlossen.

1910.

des Sparsinns angehören, für die Zeit vom 1. Januar 1910 bis 31. Dezember 1910.

Verlustrechnung					B i l a n z				
winn	Verlust		Rein- gewinn	Defizit	Aktiva			Passiva	
im ganzen	Zinsen	Ver- waltungs- kosten			Banken	Inventar	Bargeld	Ersparnisse	Reserve- fonds
13,40	5,60	7,60	—,20	—	121,95	7,—	43,05	171,80	—
104,91	59,61	75,15	—	13,—	2861,64	45,10	49,86	2969,65	—
43,65	21,61	4,35	17,69	—	1138,90	—	47,39	1158,89	—
—	—	193,05	—	—	4402,20	—	64,09	—	—
20,27	7,11	12,36	—,80	—	238,23	11,57	30,86	279,86	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
56,16	26,59	14,45	15,12	—	1248,89	10,90	—	1244,67	—
542,05	322,40	120,10	99,55	—	10776,70	—	72,19	10576,67	172,67
74,—	47,54	20,—	6,46	—	1513,68	8,10	73,27	1588,59	—
400,—	240,91	45,95	113,14	—	10931,31	170,90	220,15	10709,22	500,—
497,30	177,77	316,38	3,15	—	9419,58	69,—	80,71	9266,11	—
1571,25	1299,40	—	271,85	—	49589,80	—	220,60	48936,50	873,90
55,33	37,27	114,57	—	59,24	1368,75	—	—	1399,70	—
30,15	30,15	—	—	—	710,30	—	—	710,30	—
73,25	47,91	6,90	18,44	—	1429,60	5,60	—	1400,18	—
—	17,60	—	—	—	—	—	—	1378,10	—
3481,72	2341,47	930,86	546,40	72,24	95751,53	328,22	902,17	91790,84	1546,57

nicht eingegangen.

zehnte hindurch in der falschen Anschauung erzogen, als ob das Bekennen von Parteigrundsätzen unter unsren Verhältnissen eine Sünde wäre und als ob es zu unaufhörlichen rücksichtslosen Kämpfen und zur Spaltung führen müßte. Dem haben wir die Be- hauptung entgegengestellt, daß ernste Parteien sich nicht dazu organisieren, um immer und überall Krieg zu führen, abgesehen davon, ob der Kampf nötig oder unerläßlich sei oder nicht, sondern daß solche ernste Parteien es als ihre nationale Pflicht betrachten, mit dem Gegner zu diskutieren, wo irgend eine Diskussion möglich ist, aus einer Situation einen friedlichen Ausweg zu suchen, wo die friedliche Erledigung einer Frage nicht mit dem Abweichen von den Grundsätzen und Überzeugungen bezahlt zu werden braucht, und sich zur Auseinandersetzung mit den Gegnern erst vorzubereiten, wenn der Kampf sich tatsächlich als nötig erweist.

Unsre Anschauung hat auf konservativer Seite ursprünglich sehr wenig Anhänger gefunden, ihre Zahl ist jedoch gewachsen und sie wächst ständig. Heute ist das Verhältnis des nationaldemokratischen Vereins zu den maßgebenden konservativen Faktoren und um- gekehrt schon so beschaffen, daß beide Seiten sich gegen- seitig die Existenzberechtigung zugestehen, daß sie mit einander durch ihre Delegierten diskutieren und in wichtigen Augenblicken darnach streben, eine ein- trachtige politische Plattform zu schaffen, welche für beide Teile und für die ganze Volks- gemeinschaft annehmbar ist.

Ähnlich verhält sich die Sache auch gegenwärtig angesichts der sich nähernden Reichstagswahlen. Auf

beiden Seiten ist bei den leitenden Faktoren guter Wille und die Absicht vorhanden, die Vorwahlaktion auf der Kompromißgrundlage durchzuführen. Die Sache muß natürlich reifen, und zwar in den maß- gebenden Wählerkreisen, die in den einschlägigen Kreisen und Bezirken die entscheidende Stimme haben. Wir geben uns jedoch der Hoffnung hin, daß die leitenden Wahlfaktoren das Streben nach einem Kompromiß, welcher das ganze Großherzogtum umfaßt, für recht und billig und für ihrerseits unterstützungswert halten. Wenn das geschehen wird, dann wird die Volks- gesamttheit umsomehr die Kräfte anstrengen können zum energischen Kampfe gegen den äußeren Feind, was überall nötig ist und wovon es in den bedrohten Wahlkreisen geradezu abhängt, ob wir unsern bis- herigen Besitzstand retten oder aus dem Kampfe mit verminderter Mandatszahl hervorgehen werden.

Aus Nr. 237 des Postep (Posen)
vom 17. Oktober 1911:

Enteignung.

Essen, im Oktober.

Die Hafatisten zerbrechen sich den Kopf darüber, wie sie die bisher ihnen gegenüber so nachgiebige preußische Regierung zur Enteignung der Polen zwingen könnten. Dieselbe preußische Regierung, die auf jeden Wink der Hafatisten automatisch das tat, was die Herren der drei Buchstaben verlangten. Doch seit einiger Zeit ist in dieser Maschine etwas kaput ge-

gangen. Die Hafatisten möchten uns aus unserem väterlichen Erbe mit Gewalt vertreiben, und die preußische Regierung will, obwohl sie ein diesbezügliches Mittel hat, dieses nicht anwenden, weil das ein zweischneidiges Schwert ist. Wird doch der preußische Staat, wenn er anfängt die Polen zu enteignen, den Weg der Sozialdemokraten gehen, oder vielmehr, die preußische Regierung wird das sozialdemokratische Programm erfüllen, das darnach strebt, das persönliche Eigentum in Staatseigentum umzuwandeln.

Schon heute verlangen die deutschen Ansiedler, daß man nicht nur die Polen, sondern auch die preußischen Junker enteigne.

Die preußische Regierung hat also ihre Sorgen: Die einen schreien nach der Enteignung wie nach der Seligkeit, die andern wollen davon nichts hören. Das sind Deutsche und die andern ebenfalls. Wir Polen in der Fremde sind Gegner der Enteignung und halten dies für ein V. (soll heißen Verbrechen d. Red. d. Ges.) am polnischen Volke.

Nicht alle Polen sind jedoch dieser Meinung, ja es gibt sogar solche, die mit dem sozialdemokratischen Programm einverstanden sind und wünschen, daß die Regierung alles enteigne, denn sie denken, wenn es kein Privateigentum mehr gibt, so wird es besser sein. O diese Armen, die so denken! In diesen Hirnen muß Siede sein! Nicht ein Körnchen Verstand ist dort zu finden.

Kürzlich fand in London der internationale Kongreß der Bergleute statt. Auf diesem Kongreß war auch unsere polnische Berufsvereinigung durch die Delegierten: Adalbert Wiczorek, Janowski, Rymer und Mankowski vertreten.

Alljährlich stellen die Sozialdemokraten den Antrag, daß die Bergwerke Staatseigentum werden sollen.

Die Regierung sollte ohne weiteres ein Bergwerk nach dem andern enteignen.

Unsere Delegierten stimmten niemals für dieses zweischneidige und barbarische Recht und zwar aus doppelten Gründen. Erstens sind wir mit der Enteignung nicht einverstanden, weil wir sie für unmoralisch halten, zweitens behandelt der Fiskus, in diesem Falle die preußische Regierung die Arbeiter, besonders die Polen durch ihre Beamten zehn mal schlechter als ein Privatkapitalist. Bitte sich davon in Oberschlesien und dann im Saargebiet zu überzeugen.

Dieses Jahr ist es anders geworden. Im Schoße der polnischen Delegation gab es keine Solidarität. Ein Teil war gegen die Enteignung, der andere Teil dagegen agitierte energisch für die Enteignung.

Der Vorsitzende der Bergarbeitersektion, Herr Mankowski, agitierte sehr eifrig für den Antrag der Sozialdemokraten, doch trotz Drohungen und Bitten dieses Herrn stimmten die Herren Wiczorek und Janowski nicht für diesen barbarischen Antrag.

Hier schweigt alles, ferner wagt darüber zu sprechen. Ich frage: Wozu ist denn die öffentliche Meinung da? Hier muß dieser Teil der Delegation getadelt und kritisiert werden und es muß in diesem Falle vom Zentralvorstand energisch Aufklärung verlangt werden, wie er die Sache auffaßt und welche Stellung er den Herren Mankowski und Rymer gegenüber einnimmt! Bei dieser Gelegenheit bitten wir, der Zentralvorstand möge auf Herrn Mankowski seinen Einfluß dahin geltend machen, daß letzterer in der Fremde keine Klassenpolitik mehr treiben möge. Wir verlangen keine Beschimpfung der polnischen Schlachta und das aus dem einfachen Grunde, weil wir sie hier nicht haben. Wir verlangen aber, daß die Beamten an ihrer Weiterbildung arbeiten und uns gesunde Kost verabreichen. Ist es denn so überaus notwendig, andere zu schmähen,

um den Beifall des Volkes zu erreichen? Nein, tausendmal nein! Das ist nicht notwendig. Wehe uns, ich sage es tausend mal, wehe uns, wenn wir nicht beizeiten zur Besinnung kommen, denn diese schreierische, auf Schmähungen gestützte Agitation muß in Kürze stürzen und ihre Anhänger werden die nationalen Reihen verlassen. Enthaltet wir uns dieser ehrlosen Sachen, denn das wird unsere Vernichtung sein.

Möge also jeder von uns sich gehörig bilden, die nationale Sache kennen lernen und sie sachlich prüfen und den Weg schreiten, den uns Christus gewiesen hat, dann werden wir unsere Gesamtheit vor der Flut des roten Satantums retten und die nationale Standarte inmitten unserer Arbeiterbevölkerung hoch halten und bei ihr bis zum letzten Atem aushalten.

Ein nationaler Arbeiter.

Aus Nr. 236 des Lech (Gnesen)
vom 14. Oktober 1911:

Völkermühle bedroht!

Von völlig glaubenswürdiger Seite wird uns mitgeteilt, daß das 300 Morgen große Vorwerk Völkermühle, Kreis Znin, Eigentum des Herrn Lipowicz, sehr ernsthaft bedroht ist. Herr Lipowicz soll angeblich bereits mit einem Deutschen handelsseinig sein. Uns fehlen Worte der Entrüstung über ein derartiges Verhalten. Herr Lipowicz ist ein vermögender Mann, er braucht also nicht nach den Groschen gierig sein, die durch Schädigung der polnischen Volksgesamtheit erkaufte sind. Herr Lipowicz ist heute ein Greis, der fast am Rande des Grabes steht; während seines ganzen Lebens hat er anständig gelebt, er hat sich durch keine unehrenhafte Handlung befleckt, und jetzt will er sich gemeines Verschachern zuschulden kommen lassen und seinen Kindern einen durch Verschacherung geschändeten Namen hinterlassen. Lohnt es sich denn, elenden Mammons wegen auf sich und seine Familie Verachtung und den Fluch der Volksgesamtheit zu ziehen! Wir beschwören deshalb Herrn Lipowicz, sich zu besinnen, und nicht den ersten Deutschen in eine rein polnische Pfarodie hereinzulassen! Wir appellieren auch an Frau Lipowicz, die in Gnesen wohnt, die Verschacherung dieses herrlichen Stückchens polnischer Erde nicht zu gestatten. Wenn schon alle andern Rücksichten nichts bedeuten, dann möge sie die Rücksicht auf ihre Kinder, die ihr ganzes Leben an der Schande der Eltern zu tragen haben werden, von der Verschacherung abhalten.

Hoffen wir, daß die Lipowicz'schen Eheleute der Versuchung widerstehen, sich und ihre Kinder vor der Schande, und die Volksgesamtheit und die Kirche vor großem Schaden bewahren werden.

Aus Nr. 234 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 23. Oktober 1911:

Rudzkimühle bei Tuchel bedroht.

Man schreibt uns aus Westpreußen:

Herr Zwicki, welcher Rudzkimühle von Herrn Spiza gekauft hat, verhandelt mit einem gewissen Janowicz aus Deutsch-Geschn wegen Verkauf seines schönen Gutes. Unlängst beabsichtigte Herr Zwicki 300 Morgen Land, Wald und Wiesen dem Fiskus zu verkaufen. Der Verkauf kam nicht zustande. Jetzt will er Rudzkimühle an einen Deutschen, Kofschneider, verkaufen.

Wenn doch das Bürgertum in der Gegend Herrn Zwicki dahin beeinflusste, daß er von der nichtsnutzigen Absicht, ein schönes Stück polnischen Landes verloren gehen zu machen, Abstand nimmt.

Der Cure.

Aus Nr. 234 des Lech (Gnesen)
vom 12. Oktober 1911:

In Sachen der Baugenossenschaft in Gnesen

erhalten wir nachstehende Erklärung:

„Die unterzeichneten in der heutigen Generalversammlung der Baugenossenschaft anwesenden Mitglieder erklären, daß die Verantwortung für den Verkauf des Viktoriagartens einzig auf den Vorstand und auf den Aufsichtsrat fällt. Der Aufsichtsrat hat vor dem Verkauf keine Generalversammlung einberufen und hat uns dadurch die uns nach § 11 der Statuten zustehende Oberaufsicht über die Geschäfte der Genossenschaft unmöglich gemacht. Unserer Mißbilligung haben wir dadurch Ausdruck gegeben, daß wir in dieser Angelegenheit keine Entlastung erteilt haben.

Gnesen, den 10. Oktober 1911.

Walter. Grabski. Kasprowiez.
Geistlicher Piotrowicz.

Die vorstehende Erklärung bestätigt nur das, was wir über diese Angelegenheit bereits geschrieben haben. Den Vorstand der Genossenschaft bildeten — die Genossenschaft ist gestern aufgelöst worden — die Herren Bronislaus Hoffmann und Severin Olszewski, dem Aufsichtsrat gehörten an die Herren Rechtsanwalt Stan. Szaniecki, Leon Smielecki, Mathäus Splonskowski. Vorsitzender war Herr Szaniecki. Herr Splonskowski war in der Sitzung, in welcher der Verkauf des Gartens beschlossen wurde, nicht anwesend. Da er auch von den Verhandlungen nichts wußte, so trifft ihn keine Schuld. Die ganze Schuld fällt auf die übrigen vier Herren. Wir stellen nochmals fest, daß diese Herren den Viktoriagarten bewußt verschachert haben, daß sie ganz genau gewußt haben, daß der Reflektant ein Deutscher ist, daß er zum Überfluß kein eigenes Vermögen besitzt, und daß er also natürlich von einem Dritten vorgeschoben war. Trotzdem verkauften sie ihm jenes Grundstück. Bis jetzt haben diese Herren nichts getan, die Sache zu erklären und irgend etwas zu ihrer Entschuldigung anzuführen, wenn wir auch häufig auf den Weg des Ehrengerichts als den einzig richtigen hingewiesen haben. Heut ist die Genossenschaft aufgelöst und es ist nichts davon zu hören, daß die Schuldigen sich veranlaßt fühlen, der Volksgesamtheit irgendwie Genugtuung zu geben. Die Folgen eines derartigen Verhaltens mögen sie sich selbst zuschreiben.

Aus Nr. 239 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 17. Oktober 1911:

Das Aushungern des polnischen Arbeiters.

Aus dem Kreise unserer Leser in Slesin wird uns mitgeteilt, daß dort in diesen Tagen der letzte polnische Arbeiter von dem früheren Gute des Herrn Maisenburg fortgejagt worden ist. Früher wurden auf diesem Gut 15 polnische Arbeiter beschäftigt. Im Laufe der Zeit wurden alle entlassen, es blieb nur einer übrig, der von frühester Jugend an auf diesem Gute gearbeitet hatte und dort alt geworden war. Aber jetzt ist auch an ihn die Reihe gekommen. Sein halbes Leben

hindurch hatte er an ein und derselben Stelle gearbeitet, er hatte seine Pflichten gewissenhaft erfüllt, man konnte ihm nichts vorwerfen. Aber der arme Kerl hatte das große Verbrechen begangen, daß er Pole blieb, als welchen ihn seine Mutter geboren hatte, und ein solches Verbrechen verzeiht man nicht. Man warf also den armen Kerl auf das Straßenpflaster.

Für dich, polnischer Arbeiter, ist dort, wo die Ansiedlungskommission das Ruder ergriffen hat, kein Platz vorhanden.

Euch aber, ihr Verminderer unserer Ernährerin, möge stets das Bild dieses unseres polnischen Arbeiters vor Augen stehen, den ihr des elenden Gewinns wegen aus der Arbeit zu jagen geholt habt, aus der Arbeit auf jener Erde, die er so innig geliebt hat!

Aus Nr. 237 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 14. Oktober 1911:

Aus den Kreisen

unserer Leser werden wir angefragt, ob die Bromberger Staatsanwaltschaft schon den Mord aufgeklärt hat, der vor 2 Jahren an der 14-jährigen Kordylas im Rinkauer Walde verübt worden ist.

Da die Bürger, die zur Unterhaltung der Behörden Steuern zahlen, ein Anrecht darauf haben, in so wichtigen Angelegenheiten Erklärungen zu fordern, fragen wir die Staatsanwaltschaft an, wie sich die Sache verhält.

Wir haben dies bereits zweimal getan, aber wir warten bis jetzt vergeblich auf eine Erklärung.

Aus Nr. 240 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 18. Oktober 1911:

Deutsche Verbissenheit.

Gestern nacht standen auf dem Theaterplatz einige Polen und sprachen polnisch miteinander. Dieses hörte der dort zufällig vorbeigehende Seminarlehrer Anton Flechsig (Berliner Straße Nr. 6 wohnhaft), und indem er seinem Haß gegen die Polen Ausdruck verlieh, rief er: Verfluchte Pollacken! Er wurde sogar bis zu dem Grade frech, daß er einen Polen anstieß, als unter diesen deutliche Ausdrücke auf diese häßliche und barbarische Äußerung des Rassenhasses laut wurden. Der Nachtwächter sah diesem ruhig zu, und schritt erst auf energisches Verlangen ein.

Würde irgend ein durch hafatistische Blätter aufgehetzter Arbeiter so handeln, so würden wir uns nicht wundern, aber uns fehlen Worte, um eine solche Handlungsweise eines Lehrers, der doch die Jugend zu anständigen Menschen erziehen soll, zu charakterisieren. Wie soll er sie erziehen, wenn er selbst gegen die einfachsten Grundsätze der Sittlichkeit und des bürgerlichen Zusammenlebens sündigt? Sollten alle so handeln, so würden wir auf der Straße ewige Händel und Prügeleien haben. Zum Glück läßt sich die polnische Bevölkerung durch solche Fehltritte nicht aus dem Gleichgewicht bringen.

Die vorgesetzte Behörde des Herrn Flechsig fordern wir auf, diesen Herrn zu belehren, wie er sich auf der Straße betragen soll, und wie er sich betragen hat, darum möge sie den Nachtwächter befragen, mit dessen Namen wir gern dienen.

Aus Nr. 41 des Robotnik (Posen)
vom 15. Oktober 1911:

Unter der Spitzmarke „Der Herbst und Winter in unseren Vereinen“ schreibt der Robotnik u. a. folgendes:

Zunächst heben wir die Versammlungen hervor. Die Herbst- und Winterversammlungen können und sollten länger dauern und mehr Abwechslung bieten. An erster Stelle sollte stets ein belehrender Vortrag stehen, um den sich der Vereinsvorstand bemühen muß. Gerade die jetzige Zeit eignet sich zu Lichtbildervorträgen. Wir haben diese Sache schon manchmal im Robotnik anempfohlen, und Quellen für den Ankauf billiger Apparate angegeben. Zurzeit können wir mitteilen, daß der Volksbibliotheksverein in Posen mit dem 1. November eine große und schön eingerichtete Verleihanstalt für Lichtbilder zu sehr mäßigen Preisen eröffnet, sodaß jeder Verein, auch der allerärmste, solche Bilder erhalten kann, wenn er nur im Besitze eines Apparats ist. Wegen Beschaffung eines solchen erteilt unser Sekretariat gern Auskunft.

Der Katalog für Lichtbilder ist bereits im Druck erschienen. Auf Wunsch senden wir jedem Verein ein Exemplar umsonst zu. Wir empfehlen unserem Vereine gerade dieses gute Mittel für die Aufklärungsarbeit aufs wärmste.

Der Herbst und Winter eignen sich besonders für die jungen Mitglieder zum Lernen von Deklamationen, die sie in unseren Versammlungen und Sitzungen zu Gehör bringen sollten.

Sehr angebracht sind auch die belehrenden Abendunterhaltungen. Mögen unsere Vereine wenigstens im Winter eine solche Abendunterhaltung veranstalten, an der nicht nur die Mitglieder teilnehmen, sondern auch ihre Familien, Frauen und Kinder. Vor kurzem haben wir im Robotnik ein Handbuch für die Veranstaltung solcher Abendunterhaltungen empfohlen; zu erhalten ist es in unserer Expedition.

Es ist auch schon sehr viel gesprochen und geschrieben worden über die sogenannten Unterrichtszirkel. Bis jetzt gibt es nicht viele Vereine, die solche Zirkel eingerichtet haben. Wo aber solche Zirkel bestehen, da entwickeln sie sich sehr gut und leisten den Mitgliedern gute Dienste. Aus Werk also — gerade jetzt in dieser Zeit! Wir zweifeln nicht daran, daß sich überall Mitglieder finden werden, die den Wunsch hegen, gute und nützliche Sachen kennen zu lernen. Errichten wir für sie Bildungszirkel in unseren Vereinen. Der Herbst und Winter eignen sich für diese Arbeit am besten.

Wir können schließlich auch das über die Maßen wichtige Bildungsmittel: unsere Bibliotheken — nicht übergehen. Wenn sich an den langen Herbst- und Winterabenden die Lampe auf dem Tische zeigt, dann greifen sowohl die Alten wie die Jungen gern zum Buch. Geben wir ihnen gute Bücher. Und deshalb müßten überall in unseren Vereinen ausnahmslos Bibliotheken vorhanden sein.

Leider ist es noch nicht überall so. Wir haben eine große Anzahl von Vereinen, die sich um Bücher überhaupt nicht kümmern. Die Mitglieder möchten gerne lesen, sie können es aber nicht, weil der Verein keine Bibliothek besitzt. In anderen Vereinen wiederum hat man vor Jahren Bücher angeschafft; es kümmert sich aber niemand um sie. Die Mitglieder haben sie gelesen, kein Mensch aber kümmert sich um die Beschaffung neuer Sachen.

Wir sind bereit, die Anschaffung von Bibliotheken zu erleichtern und weisen darauf hin, daß man

1. eine Bibliothek durch den Robotnik kaufen und den Betrag in kleinen Raten abzahlen kann,

daß wir auf Wunsch ein Verzeichnis von Büchern für unsere Bibliotheken versenden.

Nur wenige Vereine haben bis jetzt von diesen Vergünstigungen Gebrauch gemacht. Wir sind gern bereit, für das Wohl des Arbeiterstandes zu arbeiten.

Aus Nr. 41 des Robotnik (Posen)
vom 15. 10. 1911:

Neuer Verein.

Smolitz.

Am vergangenen Sonntag fand die erste Versammlung des hier durch Bemühung des Geistlichen Rozłowski gegründeten Arbeitervereins statt. Zu der mittelfst Liste einberufenen Versammlung erschien auf Empfehlung des Hauptvorstandes des Verbandes polnisch-katholischer Arbeitervereine der Geistliche Grzenda aus Posen, welcher in umfangreicher Rede den Versammelten die Notwendigkeit der Gründung eines Arbeitervereins darlegte und auf die Ziele und Aufgaben dieser Vereine hinwies.

Der Verein nahm die vorgeschriebenen Satzungen an und beschloß, dem Verbands beizutreten. Der Vorstand besteht aus folgenden Personen: Propst W. Nowakowski als Patron, Geistlicher J. Rozłowski als Vizepatron, A. Tyżynski aus Pdzientawy als Vorsitzender, J. Tyżynski als Schriftführer, H. Braun stellvertretender Schriftführer, J. Grzelewski als Kassierer, J. Hauza stellvertretender Kassierer, M. Wachowiak als Bibliothekar, sämtlich aus Smolitz. Als Vertrauenspersonen für Smolitz und Umgegend wurden gewählt: A. Niedbala, J. Hauza, Martin Gierlik, J. Rybakowski, A. Strozynski und J. Gruchol. Als Mitglieder wurden 84 Personen verzeichnet. Als Eintrittsgeld wurden 50 Pfg. und als monatlicher Beitrag 25 Pfg. beschlossen. Dem neuen Verein viel Glück!

Aus Nr. 41 des Poradnik Gospodarski (Posen)
vom 13. 10. 1911:

Aus dem Vizepatronat Ostrowo.

In Massenau wurde ein neuer landwirtschaftlicher Verein gegründet, dem 43 Personen als Mitglieder beitraten.

In den Vorstand wurden gewählt: Geistlicher Cegielski-Dłobok als Vorsitzender, Peter Urban-Massenau als stellvertretender Vorsitzender, Joseph Urban-Massenau als Kassierer, Joseph Mielcarek-Massenau als Schriftführer.

Johann Chlapowski, Vizepatron für den Kreis Ostrowo.

Aus Nr. 19 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin)
vom 1. 10. 1911:

Brandenburg.

Polnisch-katholischer Verein „Sobieski“ in Brandenburg. Infolge Niederlegung der Ämter zweier Mitglieder unseres Vereinsvorstandes und zwar des bisherigen Vorsitzenden Herrn Banasik und des Kassierers Herrn Stiefel, wurden an deren Stelle Herr M. Eljasienicz-Brandenburg, Blumenstr. 22, als Vorsitzender und Herr Jbhtniwski-Brandenburg, Göthestraße 2 als Kassierer gewählt.

Aus Nr. 41 des Robotnik (Posen)
vom 15. Oktober 1911:

Brody.

Am 8. Oktober fand die halbjährliche Generalversammlung unseres Vereins statt. Im Rahmen des Vereins wurde eine Sterbekasse und eine Bibliothek errichtet. Im Laufe des halben Jahres sind 101 Mitglieder beigetreten, so daß unserem Verein gegenwärtig 242 Mitglieder angehören. Die Einnahmen betragen 379,10 Mk., die Ausgaben 243,17 Mk.

Aus Nr. 41 des Robotnik (Posen)
vom 15. Oktober 1911:

Potulice.

In der letzten Generalversammlung unseres Vereins ist das Vereinsmitglied Johann Kismanowski aus Potulice zum Vorsitzenden gewählt worden.

Aus Nr. 41 des Robotnik (Posen)
vom 15. Oktober 1911:

Moschin.

Der bisherige Schriftführer Gogolewski hat sein Amt niedergelegt, an seine Stelle wurde Koziolok gewählt.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 40 der Klosy (Thorn)
vom 6. Oktober 1911:

Die landwirtschaftlichen Vereine und die Behörden.

Die landwirtschaftlichen Vereine als geschlossene und unpolitische Vereine haben den Behörden gegenüber keinerlei Verpflichtungen, d. h. sie brauchen weder etwas anzuzeigen noch haben sie die Pflicht, die Polizei zu den Versammlungen zuzulassen.

Wenn die Behörden trotzdem, d. h. nach unserer Ansicht gesetzwidrig z. B. die Statuten oder die Angabe des Vorstandes verlangen sollten, so raten wir, sie in bescheidener und höflicher Weise zu belehren, daß sie nach dem Vereinsgesetz kein Recht dazu haben. Wenn sie trotzdem auf ihren Forderungen bestehen sollten, so raten wir, ihnen mit dem Vorbehalt nachzukommen, „daß damit nicht zugestanden werde, daß der landwirtschaftliche Verein eine politische Organisation sei, sondern das nur freiwillig gemacht werde“.

Von der Beschreitung des gerichtlichen Weges raten wir ab, weil die Gerichte verschieden entscheiden, und es verlohnt sich nicht die einige Hundert Mark betragenden Kosten zu riskieren. Eher empfiehlt es sich, beim Landrat sich zu beschweren und dann weiter beim Obergerichtsgericht, weil es für ganz Preußen ist, und daher eine einheitlichere Judikatur darstellt als bei den Gerichten, wo schon das Oberlandesgericht die letzte Instanz bildet.

Bei allen Streitigkeiten mit den Behörden muß man Takt, Ruhe und Höflichkeit bewahren.

Wir hoffen, daß die Behörden unsere einzig und allein auf die Hebung des landwirtschaftlichen Standes gerichteten Bestrebungen anerkennen und sie uns in diesem für den ganzen Staat nützlichen Bestrebungen unterstützen werden, wie das manchmal geschieht, wofür

wir sehr dankbar sind. Daß man uns einen politischen Charakter aufdrängt und auch sonst politisch belästigt, wird unsere Entwicklung nicht aufhalten, aber unnötige Erbitterung hervorrufen.

Und nun ans Werk. Wir müssen es in diesem Jahre auf den hundertsten landwirtschaftlichen Verein bringen.

Aus Nr. 41 des Przyjaciół Działu (Kinderfreund)
(Graudenz) vom 10. Oktober 1911.

Beilage zu Nr. 121 der Gazeta Grudziądzka
vom 10. Oktober 1911:

Liebe polnische Kinder!

Es gibt wohl kein polnisches Kind, das nicht wüßte und nicht selbst erfahren hätte, daß sich in unseren Landesteilen ein Kampf zwischen dem Deutschtum und dem Polentum abspielt.

Die von der Regierung unterstützten Deutschen kämpfen gegen die Polen, die von niemandem Hilfe haben und nur auf ihre eigenen Kräfte rechnen können.

Und was wollen die Deutschen von den Polen?

Sie wollen nämlich diese unsere Landesteile, die seit Jahrhunderten von Polen bewohnt sind, in ein rein deutsches Land umarbeiten.

Zu diesem Zweck werden die uralten Städte-, Dorf-, Fluß- und Seennamen in deutsche Namen umgewandelt, aus allen Ämtern, wie aus den Gerichten, aus der Polizei, aus der Post wird die polnische Sprache verdrängt, aus der Schule sogar der polnische Religionsunterricht herausgeworfen, mit einem Worte, sie verdrängen überall, wo sie nur können, die polnische Sprache und führen die deutsche Sprache ein. Aber damit ist die Sache nicht zu Ende, denn sie bemühen sich noch, die polnische Bevölkerung von ihren uralten Sitzen zu verdrängen und an ihrer Stelle eine deutsche Bevölkerung anzusetzen. Zu diesem Zwecke kaufen sie für Regierungsgelder, zu denen ebenso die Polen wie die Deutschen beitragen müssen, Grundstücke von den Polen und geben sie nur an Deutsche ab.

Schließlich arbeiten sie daran, die polnische Bevölkerung in eine deutsche umzuwandeln. Um das zu erreichen, bemühen sie sich, die polnischen Kinder in der Schule zu verdeutschern, die Erwachsenen bemühen sie sich dagegen durch verschiedene Vereine, besonders durch den Kriegerverein und durch Vergnügen für das Deutschtum zu gewinnen.

Mit diesen und ähnlichen Mitteln streben also die Deutschen danach, daß hier auf dem uralten polnischen Boden, an den Ufern der Weichsel, Drewenz, Warthe, Odra, Prosna und Oder alles verstumme und verschwinde, was davon zeugt, daß dieses Land seit uralten Zeiten polnisch war, und in die Augen und Ohren nur das Deutschtum fällt.

Wir Polen dagegen verteidigen uns eingedenk des Beispiels des Erlösers, unseres Herrn Christus, der seine jüdische Heimat geliebt und über Jerusalem geweint hat, eingedenk des Gebot Gottes, das uns Vater und Mutter, sowie die von ihnen ererbten Gebräuche und Sprache ehren heißt, und arbeiten daran, daß hier an der Weichsel, Drewenz, Warthe, Oder und Prosna die polnische Sprache nicht verstummt, und die polnischen Sitten und Gebräuche nicht verschwinden. Und indem wir unsere Landesteile vor der Germanisierung verteidigen, müssen wir vor allen Dingen dafür sorgen, daß unsere polnische Sprache aus unseren Dörfern und Städten nicht verdrängt wird, und daß anstatt der polnischen Sprache und polnischer Lieder dort nicht die deutsche Sprache und deutscher

Gesang erklingt, und daß die Polen nicht selbst sich unnötiger Weise der deutschen Sprache bedienen.

Das ist unsere wichtigste Aufgabe, an der wir alle mit dem größten Eifer arbeiten müßten.

Auch ihr, liebe Kinder, sollt, wie euer Przyjaciół schon geschrieben hat, bei dieser Arbeit behilflich sein, denn, obwohl ihr noch klein seid, könnt ihr in dieser Beziehung sehr viel tun.

Und wie ihr arbeiten sollt, das werdet ihr das nächste Mal erfahren.

Und jetzt, liebe Kinder, schließe ich für heute und es grüßt euch herzlich

euer aufrichtiger

Przyjaciół.

Aus Nr. 124 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 17. Oktober 1911:

Offener Brief an meine Wähler.

Graudenz, den 12. Oktober.

Liebe Brüder!

Die Wahlzeit rückt heran. Der gegenwärtige deutsche Reichstag wird spätestens im Dezember sein Leben beenden, und die Wahlen werden spätestens Mitte Januar k. J. stattfinden. Man kann aber annehmen, daß der Reichstag sein Leben früher beenden wird, und daß die Neuwahlen vielleicht noch vor Neujahr stattfinden werden.

Angeichts dieses Umstandes ist es auch berechtigt, daß unsere Wahlbehörden mit der Wahlagitation beginnen und sich insbesondere mit der Aufstellung der Kandidatenlisten befassen.

Im Wahlkreis Konitz-Tuchel hat das Komitee des Kreises Konitz zuerst diese Arbeit beendet und war so freundlich gewesen, meine Kandidatur an erster Stelle aufzustellen, wodurch es dem Wunsche Ausdruck gegeben hat, daß ich auch weiterhin das Abgeordnetenmandat des Wahlkreises Tuchel-Konitz behalten sollte.

Das Komitee des Kreises Tuchel hat sich schon im Frühjahr mit der Kandidatenfrage befaßt, obwohl es zu einem Beschluß nicht gekommen ist, und merkwürdigerweise deshalb nicht, weil auch im Tucheler Komitee die Mehrheit der Mitglieder für meine Kandidatur zu sein schien. Das war einer im Komitee sitzenden Person nicht angenehm, die schon seit einer ganzen Reihe von Jahren mir heimlich und seit etwa zwei Jahren offen Gruben gräbt. Deshalb hat sie es auch verstanden dafür zu sorgen, daß es vor Ergänzung des Komitees, d. i. bis nicht eine gewisse Anzahl meiner Gegner in das Komitee gewählt wird, nicht zum Beschluß komme, um auf diese Weise eine künstliche mir gegnerische Mehrheit im Komitee zu schaffen, was jedoch, wie bekannt, nicht gelungen ist.

Wie aber auch die Beschlüsse der Komitees hinsichtlich der Kandidaturen ausgefallen sein würden, so weiß ich es gut, meine Wähler und lieben Brüder, daß ihr es gegebenenfalls verstanden haben würdet, auf den Kreiswählerversammlungen meine Kandidatur durchzubringen und sie entsprechend den Vorschriften unseres Wahlreglements der Delegiertenversammlung zur Bestätigung zu präsentieren.

Angeichts einer derartigen Sachlage war für mich der Augenblick gekommen, ernstlich und endgültig zu erwägen, ob ich neben den schweren Pflichten, welche ich als Verleger des gelesensten polnischen Blattes dem polnischen Volke gegenüber habe, auch noch auf weitere fünf Jahre die schwere Bürde der Pflichten (wenn man sie gewissenhaft erfüllen will) eines polnischen Abgeordneten auf mich würde nehmen können.

Liebe Brüder!

Schon vor zwei Jahren hatte die Gazeta Grudziądzka geschrieben, daß ich nicht die Absicht habe, ein Mandat wieder zu übernehmen, und das entsprach der Wahrheit.

Man bemühte sich zwar, später von verschiedenen Seiten auf mich einzuwirken, daß ich mich im gegebenen Falle um ein Mandat wieder bewerben sollte. Und als im März d. J. meine Wähler auf den Versammlungen im Tucheler Kreise mir öffentlich ihr Vertrauen ausgesprochen haben, als das Volk auf den Versammlungen in Tuchel und Ciekyn mir Beweise alter herzlicher Freundschaft und Anhänglichkeit lieferte, da fing ich an ernstlich zu zaudern und gab mich zeitweise der Hoffnung hin, daß meine Kräfte zur Erfüllung der einen wie der anderen Pflichten ausreichen würden.

Da jetzt aber die Wahlen immer näher herandrücken und vielleicht nur einige Wochen uns von ihnen trennen, schlimmstenfalls etwa ein Duzend Wochen, mußte ich von neuem die Sache in Erwägung ziehen und einen endgültigen Entschluß fassen. Und nach eingehender Erwägung und nach eingehender Berechnung meiner Kräfte mußte ich mir sagen, daß meine Kräfte zur gewissenhaften Erfüllung der Abgeordnetenpflichten und der Pflichten als Verleger der Gazeta Grudziądzka nicht ausreichen werden.

Angeichts der Tatsache, daß mir die Kräfte zur Erfüllung doppelter Pflichten fehlen, mußte ich auch erwägen, was für das polnische Volk, für unsere Volksgemeinschaft wichtiger ist: meine Abgeordnetentätigkeit, oder meine Tätigkeit als Verleger der Gazeta Grudziądzka auf dem Gebiete der Volksaufklärung?

Liebe Brüder!

Manches Mal haben mir Leute geraten, aus dem Verlage der Gazeta Grudziądzka eine Aktiengesellschaft zu machen, das Geld in die Tasche zu stecken und sich nur der Abgeordnetentätigkeit zu widmen. Das wäre ungelogen für mich eine vorteilhafte Sache und ich würde ein ruhigeres und angenehmeres Leben haben. Und mancher derjenigen, die mich mitunter mit sehr unschönen Waffen angegriffen und bekämpft haben, würde unter gewissen Umständen für mich vielleicht sogar noch des Lobes voll gewesen sein.

Und trotzdem konnte und kann ich mich nicht dazu entschließen, das zu tun. Ich sage mir nämlich, daß wenn ich die Gaz. Grudz. einer Aktiengesellschaft verkaufen würde, ich nicht die Garantie hätte, ob die Herren Aktionäre aus diesem Verlag nicht vor allen Dingen eine Geldfabrik machen würden. Ob sie nicht vor allen Dingen dafür sorgen würden, die größten Dividenden herauszuschlagen, so daß mein geliebtes Ziel, für das ich das Blatt gegründet habe, mit dem gedruckten Wort in jede polnische Hütte einzudringen, die Verbreitung der Aufklärung ohne Nebenzwecke, auf den zweiten Plan treten würde, weil das zuviel Geld kosten würde. Und es liegt doch klar auf der Hand, daß, wenn in den nächsten Jahren die polnische Presse mit dem gedruckten Wort nicht in jede Hütte dringen und dadurch den Rest der nichtlesenden polnischen Arbeiterbevölkerung zu erwecken, aufzuklären und auf diese Weise die Widerstandskraft der polnischen Volksgemeinschaft nicht noch bedeutend zu stärken vermag, angesichts des immer stärker werdenden Germanisationsandrangs und angesichts der durch ihn immer mächtiger angewendeten Mittel, auch kultureller Art, die polnische Volksgemeinschaft sehr empfindliche Niederlagen erleiden könnte. Wer Augen hat zu sehen, der muß das sehen. Ich sehe das auch, darum meine ich auch, daß es gegenwärtig auf dem Gebiete der Aufklärungsarbeit noch größerer Mengen bedarf, um diese Gefahr abzu-

wenden, als bisher, und darum werde ich den Verlag der Gaz. Grudz. niemandem abtreten, sondern ihm meine ganzen Kräfte widmen. Ich werde ihn auch einst, wenn Gott es erlaubt, meinem Sohne überliefern, damit er zusammen mit euren Kindern und Enkeln, liebe Brüder, auf dem Gebiete der Aufklärung arbeitet, wie ich mit tausenden und aber tausenden Mit Helfern aus eurer Mitte heute auf diesem Gebiete arbeite.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 233 des Dziennik Śląski (Königshütte)
vom 10. Oktober 1911:

Gehet mit Gott!

Zu schweren Jahren des Kasernenlebens verlassen bald ganze Scharen polnischer Jünglinge ihr liebes Elternhaus, sie verlassen es größtenteils zum ersten Male auf so lange Zeit, sie gehen zum ersten Male so ernststen Gefahren entgegen, wie sie der Jugend in den Garnisonstädten drohen.

Deshalb denke, du Vater, denke, du älterer Bruder, an ein gutes Wort heilsamer Warnung. Saget diesen jungen Rekruten, daß diese Kneipenlöcher, in welche sie hineingelockt werden, Wolfgruben sind, in welchen der, welcher hineinfällt, elend zu Grunde geht, und daß jene „Damen“, die nicht verfehlen, sich den jungen Soldaten an den Hals zu werfen, lieberliche Haderlumpen sind, die mit mörderischem Gifte jeden vergiften, der sich ihnen nähert. Unsere Jugend liebt Polen, das in uns und durch uns lebt, deshalb muß sie es sich zur ersten nationalen Pflicht machen, für die Gesundheit des Körpers und die Gesundheit der Seele zu sorgen.

Wer den Körper und die polnische Seele durch Trunksucht und Ausschweifung zu Grunde richtet, der ist ein ebenso schändlicher Verschacherer wie jener, der polnisches Land verschachert.

Das muß man den zum Militär gehenden Landsleuten ins Gedächtnis rufen, und man muß auch, wenn sie die Kasernen bereits betreten haben, ihrer in gutem Sinne gedenken, ihnen auch häufiger, besonders zu den Feiertagen, brüderliche Grüße und etwas Geld senden.

Als Polen und Katholiken werdet ihr häufiger verschiedenen Verhöhnungen ausgesetzt sein, häufig wird es euch nicht einmal erlaubt sein gegenüber solch' dummen Verhöhnungen mit der Wimper zu zucken. Mögen euch diese Verhöhnungen nicht vom rechten Wege führen, mögen sie euch nicht von dem abwendig machen, was jedem Polen heilig sein und bleiben muß. Im Gegenteil, möge euch grobes Verhalten von irgendeiner Seite auf die Seite der getreuen und auf geklärten Verteidiger unseres heiligen Glaubens und unserer polnischen Sprache treiben.

In diesem Sinne verabschieden wir euch. Erwerbet dort in den Kasernen Stählung des Geistes und des Körpers und kehret zurück als Ritter ohne Flecken an der Seele und am Körper.

Gehet mit Gott!

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 20

des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin)
vom 15. Oktober 1911:

Berlin.

In der letzten Generalversammlung des Verein katholischer polnischer Arbeiter, Filiale II, welche am 3. Oktober stattfand, wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

K. Dwejarzak, Vorsitzender,	
Kobadzkiwicz, stellvertretender Vorsitzender,	
W. Piechowiak, Schriftführer,	
K. Paszczek, stellvertretender Schriftführer,	
J. Trakowiak, Kassierer,	
W. Kzepinski, stellvertretender Kassierer,	
Szapa, Bibliothekar,	
Kamzelewski, stellvertretender Bibliothekar,	
Riotopski,	} Beisitzer.
Kaczmarek,	
Kordos,	
Klak,	

Aus Nr. 20

des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin)
vom 15. Oktober 1911:

Büfgen. (Niederlausig). Der St. Egidius-Verein hielt am 24. September seine Generalversammlung ab. In den Vorstand wurden gewählt:

Franz Mory, Vorsitzender,	
Joh. Nowicki, stellvertretender Vorsitzender,	
Egid. Pelinski, Schriftführer,	
Johann Zielazek, stellvertretender Schriftführer,	
Joh. Cyganiak, Kassierer,	
Konr. Gmurowski, stellvertretender Kassierer,	
Joh. Nowicki,	} Beisitzer.
Joh. Strzypeczak,	
Jgn. Glowacz,	

Das bare Vereinsvermögen beträgt 114,35 Mk. Der Vereinsvorsitzende wohnt in Grube „Ise“.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 129 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 6. Oktober 1911:

Reiseeindrücke.

Deutsch-Zagonia und Deutsch-Mokratin.

Bei meiner kleinen heurigen Ferienreise habe ich auch unter anderen die kleinen Kolonien Deutsch-Zagonia bei Kamionka Strum, und Deutsch-Mokratin bei Zolkiew besucht. Was das völkische Leben in der ersteren betrifft, ist es damit sehr schlimm bestellt. Die Älteren sprechen zwar noch ihre deutschböhmisches Mundart, geben aber jede Hoffnung an dem Gelingen eines nationalen Aufwachens auf, nachdem wie sie behaupten, die Hilfe zu spät gekommen ist und sie mit den Polen zu sehr verwickelt sind, ferner sorgen die Kamionkaer Geistlichen dafür, damit kein Deutscher das Volksblatt lese, einfach gesagt, sie verbieten es ihnen. Noch schlimmer verhält es sich mit der Jugend. Dies ist die Frucht der polonisierten Schule, als zweite Sprache

zieht sie die ruthenische der deutschen vor. Wenn also die polnische Sprache Vortragsprache in der Schule ist und Deutsch nur als Gegenstand unterrichtet wird, so sollte es sich doch der Herr Katechet angelegen sein lassen und die deutschen Kinder das Vaterunser in ihrer Muttersprache lehren. Wenn deutsche oder ruthenische Schulen nur von 5 Prozent polnischer Kinder besucht werden, so darf diesen kein Unrecht geschehen und der Religionsunterricht wird ihnen in ihrer Muttersprache erteilt. Es ist ja auch so recht; denn nur in der Sprache, in der das Kind die ersten Laute von der Mutter vernommen hat, kann es insbrünstig beten und andächtig die Seele zu Gott erheben. Fragen wir also die Herren Geistlichen warum unsere deutschen Kinder an so vielen Schulen entrechtet werden? Ja, es ist eine erfahrene und bewiesene Tatsache, daß die polnischen Geistlichen, wenn es gilt zu polonisieren, sich nicht scheuen die Religion dazu zu mißbrauchen. Die wahre Religion die einst die Lebensbasis des Kindes bilden soll, ist bei ihnen Nebensache; Hauptsache ist, das deutsche Kind betet polnisch, ganz egal, ob es das Gebet versteht oder nicht. Bis vor einigen Jahren wurde noch in der Dorfkapelle deutsch gebetet und gesungen und die Mütter lehrten ihre Kinder deutsche Gebete. Mit der Einführung der polnischen Unterrichtssprache in der Schule mußte nun auch das deutsche Gebet verdrängt werden; selbst die Eltern, um den Herren Katecheten in der Schule die mühevollen Arbeit zu erleichtern, begannen mit ihren Kindern zu Hause polnisch zu beten. Große Schuld an dem ganzen Unheil tragen also auch selber die gemüthlichen Deutschen; die Besiegelung des völligen nationalen Lebensunterganges wird nun wohl noch eine kurze Zeitfrage sein. Ähnlich soll es auch in Deutsch-Lany zugehen.

Etwas besser ist es mit dem Deutschtum in Deutsch-Mokratin bestellt. Alt wie jung hält noch stramm an seiner schwäbischen Mundart, in der Dorfkapelle hört man noch deutsche Gebete und Lieder ertönen. Die Eltern sind oft bestrebt den Kindern das, was die Schule vernachlässigt, beizubringen. Die Schule hat nämlich auch polnische Unterrichtssprache und wird von 30 Kindern besucht. Die deutsche Sprache wird nur als zweite Landessprache drei Stunden wöchentlich unterrichtet. Also schon ein Unrecht für die Deutschen. Diese möchten sich aber noch nicht so sehr dagegen sträuben, wenn wenigstens diese drei Stunden gehörig für die deutsche Sprache ausgenützt würden. Aber wie zum Spott gibt man ihnen eine Lehrerin hin, die kein Sterbenswörtchen deutsch kann. Etwas versteht sie zu jüdeln und dazu hat sie von den Kindern einige schwäbische Ausdrücke erlernt; daraus hat sie sich nun eine Sprache gebildet, die kein Teufel versteht und dieser Sprache bedient sie sich in den im Stundenplan vorgeschriebenen Stunden für Deutsch. Es sei aber betont, daß in diesen drei wöchentlichen Stunden für Deutsch zu den Kindern meist polnisch gesprochen wird. Woher sollen also die Kinder dann was können. Die Religion wird zwar auch in polnischer Sprache erteilt, aber die Mütter unterlassen es nicht, zu Hause ihre Kinder zum deutschen Beten anzueifern. Im allgemeinen kennen die Leute noch den großen Wert der deutschen Sprache.

Aus Nr. 129 des

Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)
vom 6. Oktober 1911:

Der polnische Schulskandal in Annaberg.

Annaberg ist eine reindeutsche Gemeinde der Felizienthaler deutschen Sprachinsel, die mitten im

ruthenischen Sprachgebiet liegt. Außer dem polnischen Pfarrer gibt es in der ganzen Sprachinsel unter den rund 2000 Deutschen keinen Polen. Annaberg zählt 40 Wirtschaften mit 245 deutschen Einwohnern. Bis zum Jahre 1909 bestand daselbst eine deutsche Privatvolkschule, welche in einem schönen, gut erhaltenen Schulhaus untergebracht war. Aber trotz Warnungen von deutscher Seite übergab die Gemeinde ihre Schule in die öffentliche Verwaltung. An die Gemeinde kam nun die sonderbare Anfrage, ob polnisch oder ruthenisch die Unterrichtssprache werden soll, die Gemeinde soll diesbezüglich einen Beschluß fassen. Also die Schule, die von 70 deutschen Kindern und von keinem einzigen polnischen oder ruthenischen Kinde besucht wird, darf jetzt nur polnisch oder ruthenisch sein. Als ob in dem österreichischen Lande Galizien nur die Polen und Ruthenen ein Recht hätten und der Deutsche hier kein anderes Recht mehr hätte, als nur das zum Steuerzahlen. Die Annaberger sind jedoch anderer Meinung; sie sind nicht gewillt, ihre Kinder durch die Verbannung ihrer deutschen Muttersprache aus der Schule, verpolen und verdummen zu lassen. Die Schule muß deutsch bleiben! Die Annaberger werden auf die Übernahme ihrer Schule in die öffentliche Verwaltung verzichten und die Schule mit Hilfe des Bundes und Deutschen Schulvereins als deutsche Privatvolkschule weiter führen. Die sonderbare Auslegung des galizischen Landeschulgesetzes durch die Allpolen, wonach in ganz Galizien an öffentlichen Schulen nur Polnisch oder Ruthenisch Unterrichtssprache sein kann, ist ein Skandal, eine grobe Verletzung der österreichischen Staatsgesetze. In Galizien gibt es außer den Deutschen in den Städten, an 200 deutsche Landgemeinden, deren Bewohner hier bodenständig sind; die Deutschen in Galizien besitzen 135 deutsche Volksschulen, wie kann sich also die eine österreichische Schulbehörde auf einmal die Frechheit anmaßen, in reindeutschen Gemeinden, weil sie zufällig in Galizien liegen, die deutsche Unterrichtssprache nicht zu gestatten. Wenn die Allpolen in Galizien ein selbständiges Polenreich gründen und die österreichischen Gesetze nicht achten und den größten und wichtigsten Volksstamm, den deutschen, in Österreich entrechten wollen, dann haben sie auch in Wien nichts dreinzureden. Aber das deutsche Volk und den österreichischen Staat als Melkkuh benützen, in Wien die Staatsgesetze mitmachen und in Galizien einen selbständigen allpolnischen Staat spielen, das darf länger nicht mehr geduldet werden. Alle Deutschen müssen sich zusammen schließen und diesem polnischen Schulskandal in Deutsch-Galizien ein Ende machen. An der Aufrichtung des erträumten Polenreiches arbeitet auch der polnische Klerus. Fast jeder polnische Pfarrer ist ein Allpole und benützt seinen Einfluß dazu, die Deutschen zu polonisieren. So hat auch der polnische Pfarrer in Felizienthal, wo Annaberg eingepfarrt ist, die Kanzel dazu benützt, um die Deutschen seiner Pfarre von ihren übrigen Stammesgenossen in Galizien abzutrennen, damit ihnen jede Hilfe versagt bleiben soll. Sie dürfen weder dem Bunde beitreten, noch das Deutsche Volksblatt lesen. Hingegen hat er die Annaberger zu sich gerufen und auf sie eingewirkt, daß sie in die Einführung der polnischen Unterrichtssprache einwilligen; er (der Pfarrer) komme selbst nach Annaberg und schreibe das Protokoll, in welchem die polnische Unterrichtssprache festgelegt wird. Die Gemeinderäte brauchen nur unterschreiben. Die Gemeinde wird dann vom Landeschulrat Geld bekommen und es werde deshalb gerade so wie jetzt auch deutsch gelernt in der Schule. Die Deutschen gingen, Gott sei Dank, nicht auf diesen Leim. Der Pfarrer wird, wenn er so weiter gegen die Deutschen vorgeht, bald sein bißchen Ansehen ganz eingebüßt

haben in der Gemeinde. So sorgt er sich zum Beispiel gar nicht darum, ob die 80 deutschen Kinder in Tucholka und Smorze in ihrer Muttersprache beten und ihre Religion lernen, aber wenn einmal von weit her zehn Polen in die Kirche nach Felizienthal kommen, hält er ihnen gleich eine Predigt in polnischer Sprache. Und als Gemeindeschreiber von Felizienthal polonisiert er alle Namen der Deutschen in den amtlichen Schriftstücken. Wir machen auch diesen Herrn darauf aufmerksam, daß sein Beruf ganz unparteiisch sein muß und es ihm gar nicht ansteht, in einer reindeutschen Pfarre den Allpolen zu spielen. Die 2000 Deutsche sind nicht wegen dem Pfarrer da, sondern der Pfarrer wegen den 2000 katholischen Deutschen.

Aus Nr. 130 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 13. Oktober 1911:

Annaberg.

Noch ein wichtiges Wort zur Schulfrage.

In der vorigen Folge dieses Blattes ist der polnische Schulskandal in Annaberg mit treffenden Worten gekennzeichnet worden. Die Schulfrage in Annaberg ist jedoch eine sehr wichtige Angelegenheit für die ganze Felizienthaler Sprachinsel. Sobald nämlich in Annaberg eine öffentliche Schule mit polnischer Unterrichtssprache errichtet würde, würden auch der Religionsunterricht, die Gebete und Kirchengesänge der Jugend in Annaberg in polnischer Sprache gelernt. Dadurch würde der polnische Pfarrer in Felizienthal eine Handhabe bekommen, in der Kirche zu Felizienthal polnische Predigten, polnische Gebete und Gesänge einzuführen. Auf das arbeitet ja der Pfarrer hin, umsonst ereifert er sich nicht so sehr für die Einführung der polnischen Unterrichtssprache. Wenn mit dieser polnischen Wühlarbeit auch nicht gleich begonnen würde, aber sie käme und damit wäre das Ende vom Frieden und Deutschtum in der Pfarre Felizienthal gekommen. Wir haben ja genug Beispiele dafür. Durch die Polonisierung der Annaberger Schule soll ein Riß in die reindeutsche Sprachinsel gemacht werden. Weil in der Umgebung der Sprachinsel keine Polen sind, so sollen die Kinder der Annaberger Deutschen polonisiert werden, um dann mit diesen ihres Volkstums beraubten, polonisierten Deutschen gegen die deutsche Sprachinsel zu stürmen. Die polonisierten Deutschen sind ja erfahrungsgemäß ärgere Feinde unseres Volkes, als die echten Polen. Daher, deutsche Volksgenossen, seid auf der Hut! Duldet unter keinen Umständen die Polonisierung der Schule in Annaberg!

Wir Deutschen in Galizien haben außer uns selbst gar keine wohlwollenden Freunde. Die Regierung, die Schulbehörden und ganz besonders der polnische Klerus gehen darauf aus, uns zu polonisieren. Wir sind aber stark genug, mit Hilfe unseres Volkes unser Recht, unser Volkstum und Muttersprache siegreich zu behaupten. Dazu müssen wir aber vor allem einig sein und fest zusammenhalten. Die Annaberger tun am besten, wenn sie sich wegen ihrer Schulangelegenheit nicht Rat von einem Polen, sondern vom „Bunde der christlichen Deutschen in Galizien“ holen. Die Angelegenheit ist dringend, denn von ihr hängt das Wohl der ganzen Sprachinsel ab.

Aus Nr. 130
des Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)
vom 13. Oktober 1911:

Unser Kampf.

Ist überhaupt noch ein Zweifel, daß wir in einem Kampf leben? — Viele spüren am eigenen Leibe und im Stillen wünschen manche die alte Zeit zurück und in einem Augenblick des Mißmuts ist wohl auch schon ein Einzelner damit herausgeplatzt. Aber zum Glück sind diese Helben selten.

Freilich, früher lebte es sich in mancher Beziehung leichter und angenehmer. Man verzichtete eben auf die größten Rechte unseres deutschen Volkes in Galizien und war froh über die Brosamen, die von dem Tische der Herren Polen fielen. Und das muß man ihnen lassen. Die Polen konnten manchmal sehr nobel sein und haben gar manchen fetten Bissen den geistlichen und weltlichen Würdenträgern in unseren Gemeinden zugeworfen. Daß es meist ein Judaslohn für Verrat am eigenen Volke war, merkten die oft garnicht und waren entrüstet, wenn oft Heißsporne ihnen den Namen „Volkverräter“ zuriefen. Sie lebten eben in der Meinung, es ginge nicht anders, und nun müsse man herausschlagen, was noch möglich war. Auch für die Gemeinden wurden so manchmal kleine Vorteile erhascht.

In diesen Kreisen konnte man sich sehr schwer in die neue Zeit gewöhnen und kann es bis heute nicht. Freilich, es ist eine neue Zeit angebrochen. Früher war der Deutsche gewissermaßen nur der Bettler dem polnischen Herrn gegenüber. Eine eigene Meinung durfte er nicht haben; ihm wurde von der Regierung gesagt, wie er zu wählen hatte. Und welch jämmerlich kleine Kreaturen spielten sich oft als „Regierung“ auf! Rechte geltend machen durfte der Deutsche nicht, sondern überall nur bitten, betteln. War der Deutsche brav gewesen, hatte er seinen ärgsten Feind schließlich gewählt, bekam er seinen Lohn in allen möglichsten Formen.

Wie entwürdigend diese Stellung der Deutschen in Galizien war, die Edleren habens empfunden, die Knechtesseelen fühlten sich wohl dabei, küßten womöglich noch die Hand, die die Knute schwang und unser Volk war nahe daran, zu einem Sklavenvolk herabzusinken.

Aber Gott Lob, die neue Zeit brach an, aber damit auch eine Zeit des Kampfes. Das deutsche Volk Galiziens besann sich auf sich selbst und forderte seine Rechte im staatlichen und politischen Leben, in Kirche und Schule. Damit begann der Kampf, — nicht von unserer Seite. Wir haben kein Interesse daran, mit den Polen in Kampf und Streit zu leben. So gut wie mit den Ruthenen, wollen wir auch mit den Polen in Frieden leben, aber nicht um den Preis, daß man uns entrechtet.

Der Kampf ist uns von den Polen aufgedrungen worden, wir haben ein gutes Gewissen dabei. Unsere guten Rechte sind uns ja von Kaiser Josef II. gegeben worden oder folgen aus den Staatsgrundgesetzen. Wer will uns zürnen, wenn wir auf sie nicht verzichten wollen?!

Dieser Kampf ist eigentlich der polnischen Regierung unwürdig. Die Polen müssen doch wissen, daß wir wenigen Deutschen, die wir zum größten Teil als friedliche Landleute unsern Acker bebauen, ihnen nicht gefährlich werden können. Oder offenbart der Kampf gegen uns ihr böses Gewissen, vielleicht auch innere Schwäche? In ihrer Presse erheben sie ein Geschrei über ungerechte Behandlung im Deutschen Reich und Rußland und stellen sich als ein Gerechtigkeitsliebendes Volk hin. Wir merken leider nicht viel von ihrer Gerechtigkeitsliebe! Und mehr als Gerechtigkeit verlangen wir ja nicht.

Der Kampf ist aber auch in der ganzen Art unwürdig. In welch kleinlicher, ja bisweilen geradezu gemeiner Weise werden wir Deutsche heute schikaniert und feiert! Welche Frechheiten erlauben sich polnische Beamte — und je niedriger um so roher — gegen ehrsame deutsche Grundwirte! Wie wird die ganze Verwaltung zu politischen Zwecken mißbraucht! Wie ist bei den Wahlen mit unerlaubten Versprechungen, ja mit Erpressungen gearbeitet worden.

Wo uns der Kampf aufgedrungen wird, nehmen wir ihn auf. Die Deutschen haben seit zweitausend Jahren ihre herrlichsten Tugenden im Kampf bewiesen. Und deutsches unverfälschtes Blut rollt noch in unseren Adern. Ein junges, sturmerprobtes Geschlecht wächst heran!

Um im Kampf siegen zu können, müssen wir geschlossen und einig vorgehen und wo dies noch fehlt, müssen wir danach streben. In unseren Siedlungen sind es sonderlich drei Persönlichkeiten, die der ganzen Gemeinde voranleuchten müssen: der Pfarrer, der Lehrer, der Gemeindevorsteher. Das Wort des Pfarrers gilt noch viel in unsern Gemeinden; wenn die Gemeinde sieht, daß er mutig und siegesbewußt im Kampfe vorangeht, gewinnt der Einzelne Mut und Kraft! Dem Pfarrer zur Seite steht der Lehrer, Hand in Hand mit dem Pfarrer arbeitend, zum Wohle unseres Volkes. Er ziehe ein neues, freies Geschlecht heran, begeistert für unseres Volkes Ehre und Größe. Am schwersten hat es unstreitig der Gemeindevorsteher, der am meisten mit den polnischen Behörden in Berührung kommt. Aber er vergesse nicht, daß nicht der Bezirkshauptmann, sondern das Vertrauen seiner Mitbürger, freier deutscher Männer, ihn zu seinem Amte berufen hat, damit er ihre Rechte vertritt.

Wenn aber einer von den Dreien seine Pflicht nicht tut, so ist das keine Entschuldigung für die Gemeindeglieder, feige ihre Rechte aufzugeben. Im Gegenteil, um so größer ist die Pflicht jedes Mannes, einzutreten für seines Volkes Ehre, für sein Recht. Wenn ein Haus brennt, wartet man auch nicht, bis Pfarrer, Lehrer oder Gemeindevorsteher beim Löschchen vorangehen, sondern jeder wackere Mann, der das Herz auf dem rechten Fleck hat, greift zu!

Drum: Frisch auf in den Kampf!

Aus Nr. 130 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 13. Oktober 1911:

Polonisierung durch die öffentliche deutsche Schule.

Michalowka.

Schon oft warnte das Volksblatt vor der Übergabe deutscher Privatschulen in Galizien in die öffentliche Verwaltung. Unter den jetzigen Verhältnissen, solange nämlich die Polen in Galizien noch nach Willkür herrschen und walten können, ist jede öffentliche Schule und damit die deutsche Jugend, welche diese Schulen besucht, der Willkür der Polen aus-

geliefert. Die öffentliche deutsche Schule wird nicht selten gegen den Willen der ganzen Gemeinde zu einer Polonisierungsanstalt herabgesetzt. So haben sich auch die deutschen Gemeinden Josefendorf und Michalowka bei Uhnów verleiten lassen, ihre im Jahre 1889 errichtete deutsche Schule in die öffentliche Verwaltung zu übergeben. Solange an dieser Schule, welche von 70 deutschen Kindern besucht wird, der tüchtige deutsche Lehrer Ladislaus Scheller aus Bruckenthal wirkte, war es gut, aber nach dessen Abgang im Jahre 1910 nach Kunzendorf, stellte die Schulbehörde eine polnische Lehrerin an, welche der deutschen Sprache gar nicht mächtig ist. Ja, sie erfrechte sich sogar, auf Kosten der deutschen Schulgemeinde polnische (!) Geschichtsbücher zu kaufen, welche sie den deutschen Schulkindern am Schlusse des letzten Schuljahres austeilte. Anstatt die deutsche Jugend mit der ruhmreichen Geschichte des deutschen Volkes bekannt zu machen, wird die deutsche öffentliche Schule dazu mißbraucht, die deutschen Kinder zu polonisieren, sie durch Verteilung polnischer deutschfeindlicher Geschichtsbücher ihrem Volke abwendig zu machen. Der deutsche Ortschulrat in Michalowka und Josefendorf wird gut tun, das deutschfeindliche Treiben der polnischen Lehrerin scharf zu überwachen und die deutschen Eltern werden wohl wissen, wohin die polnischen Geschichtsbücher gehören, nämlich in den Ofen.

Aus Nr. 130 des
Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)
vom 13. Oktober 1911:

Von der allpolnischen Wählerarbeit in Ostgalizien.

Der polnische Schulverein, der unter dem Vorwand, den polnischen Analphabeten Schulen zu errichten, Geld sammelt, errichtet in Wirklichkeit nicht dort Schulen, wo es notwendig wäre, sondern dort wo polnische Schulen gar nicht notwendig sind, wo bereits Schulen bestehen oder wo gar keine Polen sind. So hat zum Beispiel mit Beginn des heurigen Schuljahres der polnische Schulverein in der ruthenischen Gemeinde Mieczyszców bei Brzezany, wo bereits eine sehr gut geleitete öffentliche ruthenisch-polnische Schule mit 4 Klassen besteht, eine einklassige polnische Winkelschule errichtet, die nur den Zweck hat, in den ruthenischen Ort die Brandfackel des allpolnischen Streites zu tragen. In Mieczyszców wohnen unter 300 ruthenischen Sippen nur 20 polnische und darunter sind 6 deutsch gemischt und eine reindeutsch. Mit deutschem Blut wird also hier eine polnische Siedlung gegründet. Natürlich sorgt insbesondere der polnische Klerus dafür, daß die 13 polnischen und 7 gemischten Sippen in Mieczyszców rein polnischen Gottesdienst haben. Behufsdessen scheut der Pfarrer in Brzezany nicht die Mühe und fährt jeden Monat nach Mieczyszców. Um die mehrfache Zahl deutscher Sippen in polnischen oder ruthenischen Gemeinden kümmern sich diese polnischen Herrschaften nicht.